

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Eric Nifringhaus, Berlin.
Telefon: Karl Dietz 4194-4195



Redaktion für Berlin und Schriftleitung:
Berlin O 2 61, Belle-Alliance-Platz 6
Telefon: Copalbau

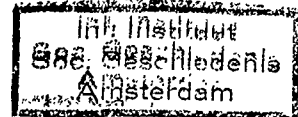
Die Befreiung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund letzter Entscheidung gültig. Abkündigung bedarf 4 Wochen
vor dem Einrückungszeitpunkt, wenn nicht anders vereinbart ist. Abkündigung für beide Seiten in Berlin.

Berlin, den 3. Januar 1930

Italien an der Jahreswende.

(Von unserm Korrespondenten.)



SPD. Rom, Anfang Januar (Eig. Bericht).

Das zur Rüste gehende Jahr kann man als ein für Italien ereignisreiches bezeichnen. Nicht im Sinne der faschistischen Offiziösen, für die Italien überhaupt nichts anderes tut, als Meilensteine der Weltgeschichte setzen, sondern im Lichte nüchterner Betrachtung. Der Lateransvertrag vom Februar 1929 darf als geschichtlicher Merkmstein angesprochen werden; nicht, weil er eine neue Situation schuf, sondern weil durch ihn ein seit dem Auftreten des Faschismus begonnener Verschmelzungsprozess einen vorläufigen Abschluss findet.

Als Minderheitsbewegung, die nie hoffen kann, etwas anderes zu werden, weil sie auf Vergewaltigung der Mehrheit durch die Minderheit beruht, kann der Faschismus nicht darauf rechnen, durch grösseren Anhang in den Massen Machtzuwachs zu erfahren. In gewissem Sinne hat er sogar Interesse daran, dass die Zahl der "Gewinnbeteiligten" des Regimes ziemlich klein bleibt. Daher sucht er den Machtzuwachs ausser sich; wie ein Organismus, dessen Entwicklung abgeschlossen ist, nur durch äussere Behelfe, etwa durch Stelzen, seine Gestalt erhöhen kann. Ein solch äusserer Behelf ist ihm der Vatikan. Das gleiche reaktionäre Ziel macht die beiden bündnisfähig; beide wollen den Menschen im Autoritätsglauben erhalten, das ist das Feld, das sie gemeinsam haben. Nur möchte jeder von beiden auf diesem Felde seine eignen Früchte ziehen. Daraus ergibt sich zwangsläufig eine grosse Zahl von Konflikten, die der Faschismus voraussehen musste und vorausgesehen hat, die ihn aber von dem Bündnis nicht abstecken liessen, weil ihm jeder Bundesgenosse recht sein muss. Vatikan und Faschismus sind sich darüber einig, dass der Bürger kritiklos und rechtlos sein soll, aber jeder von ihnen will diesen Bürger nach seinem Herzen in anderer Weise verwerten. Wo sich ihre Wege streckenweise vereinigen, wie in dem Wettern gegen die verruchten Grosstädte, in dem Preisen der Fruchtbarkeit, in der Verbannung der Frau aus dem öffentlichen Leben, in der autoritären Einschnürung der Forschung und des geistigen Schaffens, handelt es sich um eine zufällige Weggenossenschaft. Fruchtbares, von des Lebens Last überbürdetes Landvolk regiert sich leichter, sowohl vom Beichtstuhl aus, als vom "Fascio", denn städtisches Proletariat. Aber der Vatikan will sein schicksalergebnes Landvolk in der Hürde des Dogmas halten und hegen, während der Faschismus es - wenigstens offiziell - zu seinen imperialistischen Zielen über die Grenzen treiben will. Daher der Konflikt in der Frage der Jugenderziehung, zu der sich Vatikan und Faschismus in gleicher Weise ausschliesslich berufen halten. Der eine zieht den Weihwedel vor, der andre das Gewehr. Entzweierend wirkt natürlich auch die abweichende ideelle Einstellung. Das Seelenheil des Individuums und somit das Individuum ist der Kirche Selbstzweck; dem Faschismus ist der Zweck der Staat und das Individuum das Mittel. Es ist also nur eine aus praktischem Anlehnungsbedürfnis entstandene Bundesgenossenschaft zwischen Wesensfremden.

Ein andres Mittel, seine Macht zu erhöhen, als solche lediglich auf der gemeinsamen Grundlage der Reaktion beruhenden Bündnisse hat der Faschismus nicht. Sein Bündnis mit den völkischen Elementen aller europäischen Staaten und mit den hundertprozentigen Amerikanern ist derselben Art. Alle Aspiranten künftiger Weltherrschaft vereinigen sich, trotz der gegenseitigen Unvereinbarkeit der Ziele, zum Schutz des gemeinsamen Mittels: der Reaktion. Das sind Bündnisse, die dadurch redlich werden, dass beide Teile einander prellen. Hierher gehört auch der Lateranspakt. Sowohl als Symptom für das Überflutetwerden aller reaktionären Programme durch die aus Selbsterhaltungstrieb geborne Solidarität aller reaktionären Praxis, als auch wegen seiner nationalen und internationalen Auswirkungen ist er zweifellos das wichtigste politische Ereignis, das Italien im Jahre 1929 aufweist.

Die aus der Froschperspektive faschistischen Offiziösentums als historische Ereignisse erscheinenden Begebenheiten, sind zahllos. Da ist zunächst das Plebiscit, das mit seinen 8,5 Millionen Regierungsstimmen, gegen 136 196 gegnerische, wohl die blödeste Parodie einer "Volksabstimmung" darstellt, die sich je eine Diktatur geleistet hat. Es war nicht einmal ein polizeitechnischer oder ein Einschüchterungserfolg, denn in jede Urne haben die Schwarzhemden so vielfaschistische Stimmzettel hineingesteckt, als sie irgend für nötig hielten, und gelegentlich wurde dieses Nötige höher angesetzt als die Zahl der Wahlberechtigten. Wo man von den Arbeitern zur Wiedereinstellung in den Betrieb nach dem Wahltag die Ablieferung des gegnerischen Stimmzettels verlangte - als Beweis der pudelmässigen Ausübung ihrer Bürgerrechte - war das schon eine höhere Stufe des Wahlkampfes, weil der sogenannte Wähler wenigstens den Stimmzettel in die Hand bekam. Der Faschismus hat übrigens die Ergebnisse dieses Plebiscits im Parlamentspalast neben den Zahlen der wirklichen Plebiscite eingegraben lassen, durch bei der Schaffung der italienischen Einheit von den verschiedenen Kleinstaaten der Beitritt zum Königreich Italien beschlossen wurde - wie, wenn man eine Mastgans neben Adlern abbildet.

Ferner hat das vergangene Jahr, das dritte der Ausnahme Gesetze, weiteres Wüten des Spezialgerichts gebracht, das wegen der blossen Zugehörigkeit zu einer der aufgelösten Parteien hunderte von Jahren Zuchthaus verteilt hat. Es hat zehn Jahre Zuchthaus über den Sozialisten Pertini verhängt, wegen antifaschistischer Berichterstattung im Ausland. Als Rädelsführer einer Demonstration gegen das Plebiscit, bei der es einen Toten gab, wurde der Slave Wladimir Gortan zum Tode verurteilt und hingerichtet, ehe dem König auch nur sein Gnädengesuch vorgelegt worden war. Dabei bürgert sich immer mehr die Gepflogenheit ein, jedes gegen Faschisten begangene Delikt vor das Spezialgericht zu bringen; da die von Faschisten begangenen Delikte straffrei sind, geht so die ganze Strafgerichtsbarkeit in die Hände des Ausnahmegerichts der Schwarzhemden über. Dass dieses auch über einen Faschisten, über Cesare Rossi, dreissig Jahre Zuchthaus verhängte, stellt eine der typischen Episoden der Verbrecherwelt dar: die Beseitigung des Mitschuldigen, der nicht zu schweigen versteht. Die kriminelle Chronik aller Länder ist voll von ähnlichen Fällen, nur dass das Wegschaffen des Mitwissers da nicht die Form der staatlichen Rechtspflege annimmt.

Das Wirtschaftsleben des Landes steht weiter im Zeichen der Krise, teils als Rückschlag auf die allgemeine Krise in Europa, teils als Nachwehen der Stabilisierung der Lira, teils als Auswirkung der politischen und wirtschaftlichen Unfreiheit. Der Reallohn in Italien ist der niedrigste in ganz Europa, wie das italienische Proletariat das wehrloseste in ganz Europa ist. Daher minimale Kaufkraft der grossen Masse. Gleichzeitig Rückgang der qualitativen und quantitativen Leistungen der Arbeit, was besonders der Qualitätsproduktion in der Autoindustrie verhängnisvoll wird. Früher konnte der gute Arbeiter zum Vorarbeiter, zum "Capo reparto" aufrücken. Heute kann das nur der faschistische Spitzel. Der Vorarbeiter ist den Kollegen verhasst; keiner erstrebt das Avancement. Unfreiheit macht unfroh; Sklaven waren allezeit unrentable Arbeiter. Der Fehlbetrag der Handelsbilanz betrug in den ersten elf Monaten des laufenden Jahres 5,8 Milliarden Lire, gegen 6,76 im Vorjahre.

SPD. München, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

In München sind neuerdings ebenfalls mehrere Fälle von sogenannter Papageienkrankheit festgestellt worden, die alle unter dem Krankheitsbild der schweren Grippe mit Lungenentzündung verlaufen sind. Die Infektion rührt von einem Papageien her, der vor einigen Monaten von einem Händler nach München gebracht und hier verkauft wurde. Das Tier wurde inzwischen getötet und wird zurzeit bakteriologisch untersucht. Von den Erkrankten ist eine Frau gestorben, eine zweite befindet sich noch in klinischer Behandlung, während die übrigen Fälle leichter verlaufen sind. Da die Krankheit eine sehr lange Inkubations-Zeit hat und nicht nur von Tier auf Mensch, sondern auch von Mensch auf Mensch übertragen wird, rechnet man ärztlicherseits noch mit weiteren Erkrankungen.

SPD. Die Folgerungen aus den letzten Gemeindewahlen werden nun gezogen. Es ergeben sich dabei ernste und sehr lehrreiche Auswirkungen für die Arbeiterschaft. Die Oberbürgermeister der drei sächsischen Grosstädte Dresden, Leipzig und Chemnitz haben ihren Rücktritt angekündigt. Es sind die Herren Dr. Blüher, Dr. Rothe und Dr. Hübschmann, der Deutschen Volkspartei nahestehend, Vorkämpfer der Bürgerblockpolitik in Sachsen. Diese Herren stehen in so hohem Lebensalter, dass ihr Rücktritt schon längere Zeit vorauszusehen war. Sie haben ihn jedoch bis nach den Gemeindewahlen hinausgezögert, in der Hoffnung, dass die Wahlen bürgerliche Mehrheiten in ihren Städten bringen würden. Ihre Erwartungen sind leider nicht enttäuscht worden.

Das Warten auf diesen Oberbürgermeisterschub hat die gesamte sächsische Politik der letzten Zeit überschattet, es war von ausschlaggebender Bedeutung bei der Bildung der sächsischen Regierung nach der letzten Landtagswahl. Um bei den Gemeindewahlen eine geschlossene Bürgerfront zustande bringen zu können, ist die Deutsche Volkspartei in Sachsen jene schmachvolle Koalition mit den Hakenkreuzlern um Killinger eingegangen, die einen ganz besonderen Wechselbalg einer Bürgerregierung darstellt.

Indessen sind die bürgerlichen Mehrheiten in den sächsischen Grosstädten sehr knapp, und wenn das Bürgertum seinen Willen zur Ausschaltung der Arbeiterbewegung durchsetzen will, muss es in den Gemeinden eine ebenso schmachvolle Frontbildung vornehmen wie im Landesparlament. Der Anfang dazu zeigt sich in Chemnitz, wo eine Einheitsfront von den sächsischen Demokraten bis zu den Hakenkreuzlern die Sozialdemokratie, die stärkste Fraktion im Stadtparlament bei den Büreauwahlen zur Stadtverordnetenversammlung vollständig ausgeschaltet hat.

Die Oberbürgermeisterwahl in diesen drei Grosstädten wird also im Zeichen schärfsten Kampfes der Bürgerblockfront gegen die Sozialdemokratie stehen. Der Wille des sächsischen Bürgertums, die Arbeiterbewegung auszuschalten und zu provozieren, ist unverkennbar. Dieser Wille des sächsischen Bürgertums zur Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie ist einer jener Faktoren der sächsischen Politik, die ihr ein besonderes Gesicht geben und die Klassengegensätze in besonderer Schärfe hervortreten lassen.

Die Bürgerfront von den Demokraten bis zu den Hakenkreuzlern steht selbstverständlich auf sehr schwankender Grundlage. Indessen wird die Situation der Bürgerblockleute erleichtert durch die neue Taktik der kommunistischen Partei in den Gemeinden. Nachdem die Kommunistische Partei bei den Gemeindewahlen eine Schwächung erfahren hat, schlägt sie abermals die geniale Taktik aus den Zeiten der Ruth Fischer ein. Sie hat ihre Gemeindefunktionäre angewiesen, bei den Wahlen zu Gemeindeämtern keinem Sozialdemokraten die Stimme zu geben. Sie sorgt mit disziplinarischen Mitteln ihren Anhängern gegenüber dafür, dass diese verrückte Taktik durchgeführt wird. Für das Bürgertum ergibt sich die tröstliche Gewissheit, dass für den Fall, dass die bürgerlichen Fraktionen sich untereinander in die Haare geraten sollten, immer noch die Kommunisten

da sind, um die Arbeiterschaft an der Durchsetzung ihres Willens gegenüber dem Bürgertum zu verhindern....

Diese Auswirkungen der Gemeindewahlen sind nicht nur auf Sachsen beschränkt. Versuche zur Bürgerblockbildung gegen die Sozialdemokratie, auch unter Einschluss der Demokratischen Partei, werden aus verschiedenen Teilen des Reiches gemeldet, und überall gibt die kommunistische Taktik dem Willen des Bürgertums zur Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie neue Antriebe und neue Hoffnungen.

In der Zeit des schärfsten Ansturmes des Bürgertums gegen die Arbeiterschaft und ihren Willen zu positiver Arbeit in den Gemeinden ist also die kommunistische Partei an die Seite der Bürgerblockfront gerutscht. Für die kommunistischen Wähler, die bei den Gemeindewahlen ihre Stimmen an die Kommunisten geworfen haben, ergibt sich so die überraschende Tatsache, dass es in der Wirkung völlig gleich ist, ob sie für die Kommunisten oder für die Hakenkreuzer gestimmt hätten. Die einen sind versteckte, die anderen offene Stützen der Bürgerblockpolitik - das ist der ganze Unterschied! Jeder kommunistische Wähler würde es sicherlich als Beleidigung auffassen, wenn man ihm zumuten wollte, seine Stimme der Deutschen Volkspartei oder der Partei der Hausbesitzerinteressen zu geben. In der Praxis hat er dies getan, indem er seine Stimme an die Kommunistische Partei geworfen hat!

SPD, San Juan, Porto Rico, im Dez. (Eig. B)

Elend und Hunger greifen unter der Bevölkerung Porto Ricos mehr und mehr um sich. Seit den verheerenden Stürmen des Vorjahres und ihren Verwüstungen auf der Insel hat das amerikanische rote Kreuz Millionen von Dollars in die Bevölkerung gesteckt; die kürzlich erst wieder um eine erhebliche Summe zur Bekämpfung der um sich greifenden Krankheiten vermehrt worden sind. Neben dem vom amerikanischen Bundeskongress bewilligten Hilfskredit von 8 000 000 Dollar gehen zahlreiche private Spenden, die in dem neuen Gouverneur Roosevelt einen warmen Befürworter gefunden haben und dank der in den Vereinigten Staaten geübten Wohltätigkeits-Werbetrommel auch weiterhin in reichlichen Masse fließen werden.

Aber das alles sind Heilmittel, die nichts mit der eigentlichen Krankheit zu tun haben, an der das Land leidet. Wo die Wirtschaft an der wurzel erkrankt ist, kann Wohltätigkeit nicht helfen und nur ab und zu die schlimmsten Folgen lindern. Die Probleme Porto Ricos sind in erster Linie wirtschaftlich. Es sei zugegeben, dass Unterernährung und Arbeitslosigkeit schon vor der vorjährigen Katastrophe ihr Unwesen hierzulande getrieben haben, ohne dass wirksame Gegenmittel angewandt worden sind. Aber die augenblickliche Situation hat die schlimmsten Befürchtungen weit hinter sich gelassen. Seit langem sind sich die Theoretiker darüber einig, dass die kleine Insel mit knapper Mühe zwei Drittel der gegenwärtigen Bevölkerung ernähren kann. Heute kann nur ein Bevölkerungsdrittel ein knappes Existenzminimum sein Eigen nennen, während der überwiegende Rest der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last fällt. Das ist in nüchternen Tatsachen gesehen die Tragödie eines langsam verhungernenden Volkes; die in ihrer stummen Pathetik alle Wirtschaftskrisen in Amerika und Europa weit überschattet und ein vernichtendes Urteil über das gegenwärtige moderne Wirtschaftssystem fällt.

Was sind nun die Gründe dieser Krise, die bei dem natürlichen Reichtum des Landes befremdend anmuten muss? Auch hier hat wie überall im Bereiche der Vereinigten Staaten das amerikanische Grosskapital der einheimischen Bevölkerung alle Existenzmöglichkeiten durch Bildung riesiger Trusts entzogen und sie zu Lohnsklaven herabgewürdigt, die man für seine eigenen Zwecke abrichtet, ausnutzt und wegwirft, wenn man sie aus diesen und jenen Gründen nicht mehr gebrauchen kann. Porto Ricos reicher Boden ist auf diese Weise für

Zucker spezialisiert und der Landarbeiter und kleine Eigner langsam durch die Kapitalsgruppen von seiner Scholle vertrieben worden. Die durch die Industrie erzielten Gewinne fließen fast ausnahmslos nach ausserhalb, während auf der anderen Seite zu ungeheuren Preisen Lebensmittel eingeführt werden müssen, die sich der Arbeiter Porto Ricos mit seinem lächerlichen Lohn nicht kaufen kann. Die Folgen liegen auf der Hand. Unterernährung ist gang und gäbe, ist etwas, womit man sich philosophisch wie mit der Tropensonne und der jährlichen Regenzeit abfindet. Die Ausbreitung von Krankheiten ist Sache der Medicos und kein Gesprächsstoff, den man in den besseren Gesellschaftskreisen der Insel erwähnt.

Zahlreiche Lösungen sind in Vorschlag gebracht worden, die aber alle versagt haben. Dem Bevölkerungsüberschuss ist nicht beizukommen, da der Porto Riqueno mit seiner Familie von 10 und mehr Kindern der Geburtenkontrolle völlig abweisend gegenübersteht und sich auch durch die verlockendsten Auswanderungsprospekte nach dem Festlande und Haiti nicht bewegen lässt, seine Heimat aufzugeben. Unter diesen Umständen muss dem Übel von unten beigegeben werden und Gouverneur Roosevelt hat anscheinend das richtige getroffen, wenn er sich mit allen Kräften bemüht, bei amerikanischen Kapitalisten das Interesse zur Schaffung kleiner Industrien auf der Insel zu erwecken. Die Durchsetzung derartiger Pläne würde unzweifelhaft eine starke Entlastung der Arbeitslosigkeit im Gefolge haben, die noch durch Vermehrung des Ackerbaues gefördert werden soll, ein Vorhaben, bei dem der Gouverneur bei den Zuckermagnaten keine besondere Gegenliebe finden wird. Wie übrigens die Landwirtschaft vermehrt werden soll, ist reichlich unklar, da das Land sehr knapp und dementsprechend teuer ist und die verbliebenen Landwirte in der Mehrzahl nur Pachtrechte haben, aus denen sie nach und nach von den Zuckerinteressen vertrieben werden.

Poto Rico bietet bei allem lachenden Sonnenschein ein düsteres Bild. Die Ironie der Situation ist aber, dass auch die Zuckerindustrie durch die Depression auf den Weltmärkten stark benachteiligt ist. Derselbe Zucker, der der Wahre Herr der Insel geworden ist und die Bevölkerung aus ihren Heimstätten und Existenzen vertrieben hat, macht schwere Zeiten durch und sieht sich nach dem Urteil von Fachleuten ausser Stande, mit dem kubanischen oder dominikanischen Zucker erfolgreich zu konkurrieren. Das alles hat diesmal ohne die Politik das vielgerühmte moderne Wirtschaftssystem mit seinen übernatürlichen Wirtschafts- und Industriekapitänen getan, die aus einem freien eingeborenen Landeigner einen kleinen miserablen und halbverhungerten Sklaven gemacht und nur Zerstörung im Wege des angeblichen Fortschritts zurückgelassen haben. Die Regierung des Präsidenten Hoover, die für alles und jedes eine Universallösung bereit zu haben scheint, sieht sich in Porto Rico einer gigantischen Aufgabe gegenüber, an die bei aller verständlichen Scheu eines Tages doch herangegangen werden muss.

SPD. Aus Danzig wird uns geschrieben: An der Spitze des Danziger Rotfrontkämpferbundes marschierte bis vor kurzem noch stolz und schmuck als "General" ein Hans Mierau. Kein Umzug, keine Demonstration, bei der er nicht auf die Rednertribüne stieg und gegen die "Sozialfaschisten" wetterte. So ging das jahrelang. Nur wenige wussten, dass dieser Hans Mierau, der als "Führer" des Danziger Roten Frontkämpferbundes ein Gehalt von 300 Gulden (275 Mark) pro Monat bezog, der Polizei für Geld alles verriet, was aus der KPD. zu verraten war. Von den Kommunisten liess er sich das Schimpfen auf die "Sozialfaschisten" bezahlen, von der Polizei die Spitzeldienste gegen die kommunistische Partei. Dieser Tage wurde Mierau nun "entlarvt". Was blieb der KPD. andres übrig als ihn schnell abzusügen ?

SPD. Paris, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Die fieberhafte Aktivität der Pariser Kriminalpolizei zur Aufdeckung der "weit verzweigten Fäden" des angeblichen antifaschistischen Komplottes dauert weiter an. Eine Abteilung der Sicherheitspolizei hat sich am Freitag nach Marseille begeben, das mit seinen über 100 000 italienischen Einwohnern der Hauptherd der "Verschwörung" sein soll. Auch in anderen Provinzstädten, so in Lyon und Nizza, wurden eine Anzahl Haussuchungen vorgenommen und über 200 Italiener unter polizeiliche Überwachung gestellt. Angesichts der bevorstehenden Frankreichreise des italienischen Kronprinzen werden ebenfalls umfassende Sicherheitsmassnahmen angekündigt, angeblich um ein etwa zu befürchtendes Attentat zu verhindern.

Die Scharfmacherei des Polizeipräsidenten Chiappe, der sich schon durch seinen Kommunisten-Feldzug vom 1. August lächerlich gemacht hatte, löst in der französischen Öffentlichkeit grossen Unmut aus, da man hinter dem Manöver leicht durchschaubare politische Motive vermutet, und die Verletzung des Gastrechtes der Opfer des Mussolini'schen Regimes im Gegensatz zu den wiederholten Sympathie-Kundgebungen und der beschirmenden Haltung steht.

SPD. Genf, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Völkerbundssekretariat teilt mit, dass es bisher 32 Antworten auf die Anfrage über die Einberufung einer Zollfriedenskonferenz erhalten habe. 25 Staaten, und zwar ausnahmslos europäische Staaten, erklären sich zur Teilnahme an einer solchen Konferenz bereit; nur Albanien, Litauen und Portugal haben von den europäischen Staaten noch nicht geantwortet. Dagegen lehnen Südafrika, Australien, Ägypten und Neuseeland ihre Teilnahme an der Zollfriedenskonferenz ab. Brasilien, das dem Völkerbund nicht angehört, und ein kleiner mitelamerikanischer Staat wollen sich durch einen Beobachter vertreten lassen. Die Vereinigten Staaten haben noch nicht geantwortet.

Einige Staaten haben bereits mitgeteilt, wen sie als Delegierten zur Konferenz entsenden werden, und zwar meldet England seinen Handelsminister an, Belgien den Aussenminister, Spanien und Polen melden ihren Wirtschaftsminister. Diese Meldungen entsprechen dem Wunsche der letzten Völkerbundsversammlung, die auf den künftigen Wirtschaftsverhandlungen des Völkerbundes im Gegensatz zu dem bisherigen Brauch nicht mehr unabhängige Privatpersonen, sondern die verantwortlichen Minister als Stimmführer wünschte. Die endgültige Entscheidung über die Zollfriedenskonferenz trifft der am 13. Januar zusammentretende Völkerbundsrat.

SPD. Wien, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Nationalratsfraktion und die Reichsparteileitung des Landbundes beschlossen am Freitag, mit den Heimwehrführern erst wieder zu verhandeln, bis der Ausschluss des Ministers Schumy aus der Kärntner Heimwehr wiedergutmacht ist. Im Verlauf der Debatte berichteten die Delegierten aus den einzelnen Bundesländern, dass die Bauernschaft überall dringend die Errichtung eigener Bauernwehren fordert und die Heimwehren ablehnt.

SPD. Paris, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Der französische Ministerpräsident Tardieu und der englische Schatzkanzler Snowden hatten am Freitag-Vormittag im Haag von 3/4 8 bis 3/4 11 Uhr eine Besprechung, die in erster Linie den Fragen der Tagesordnung der Konfe-

renz galt und den noch ungelösten Problemen, die im Laufe der Verhandlungen zur Beratung kommen werden. Ein französisches Communiqué besagt, dass über alle wesentlichen Punkte völlige Einigung erzielt werden konnte.

SPD. Amsterdam, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

In Batavia wurde am Freitag auf Grund des Vorgehens der indischen Regierung gegen die indonesische Nationalpartei ein Manifest zahlreicher führender Intellektueller veröffentlicht, in dem die Bevölkerung aufgefordert wird, sich ruhig zu verhalten und von unbedachten Handlungen Abstand zu nehmen. Die Bevölkerung könne versichert sein, dass die Unterzeichner des Manifestes die Angelegenheit nicht auf sich beruhen lassen würden.

SPD. Paris, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Der bekannte französische Pilot Charpentier, einer der ältesten Flieger der französischen "Air-Union", wird in den nächsten Tagen eine für drei Monate geplante Studienreise nach Ägypten und Südafrika unternehmen. Zu diesem Fluge wird der Pilot einen deutschen Junkers-Apparat mit drei Motoren benutzen.

SPD. Aachen, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde hier der Inhaber des in Konkurs geratenen Bankhauses Probst und Co. verhaftet. Es schwebt gegen ihn ein Vermittlungsverfahren wegen Vergehen gegen das Depot-Gesetz und wegen fortgesetzten Betruges.

SPD. Genf, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Exekutivkomitee der Bergarbeiter-Internationale trat am Freitag in Genf zu einer in der Hauptsache der Erledigung innerer Aufgaben der Internationale gewidmeten Sitzung zusammen. Die Beteiligung war sehr stark.

Das Exekutivkomitee nahm zunächst mit Bedauern von der Amtsniederlegung des bisherigen Präsidenten der Internationale Smith-London Kenntnis, die infolge innerer Vorgänge in der englischen Arbeiterbewegung erfolgt ist, und dankte ihm für sein langjähriges Wirken an der Spitze des Verbandes. Zu seinem vorläufigen Nachfolger wurde der belgische Bergarbeiterführer Dejardin gewählt; die endgültige Nachfolge wird zusammen mit der Neuwahl des Exekutivkomitees auf dem Krakauer Bergarbeiterkongress geregelt werden. Der Kongress in Krakau ist auf den 12. bis 16. Mai festgesetzt. Vor dem Kongress tritt das Exekutivkomitee auf Einladung des spanischen Bergarbeiterverbandes in Madrid zusammen.

Für die Krakauer Tagung wurde vorgesehen, dass der Sekretär des Verbandes Delattre-Belgien über das Ergebnis der Schritte des Bergarbeiterverbandes beim Völkerbund und beim Arbeitsamt berichtet. Berger-Bochum wird über die Rationalisierung im Bergbau referieren. England wurde das Referat über das Schlichtungswesen übertragen. Ein Aufnahmegesuch des portugiesischen Bergarbeiterverbandes wurde genehmigt. Ferner wurde beschlossen, den norwegischen Bergarbeiterverband darauf hinzuweisen, dass ein Abkommen mit den russischen Gewerkschaften, das dieser Verband geschlossen hat, nicht mit den Statuten der Internationale im Einklang stehe. Die Norweger werden aufgefordert, die nötigen Massnahmen zur künftigen Einhaltung des Statuts zu treffen.

SPD. Haag, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Haager Konferenz wurde am Freitag-Nachmittag um 5 Uhr in öffentlicher Sitzung eröffnet. Da es sich offiziell nicht um eine zweite Haager Konferenz sondern die Fortsetzung der im August abgeschlossenen Sitzung handelt, erfolgte die Eröffnung nicht durch den holländischen Aussenminister, sondern durch den Vorsitzenden der Konferenz, den belgischen Ministerpräsidenten Jaspar. Er gedachte vor allem des schweren Verlustes, den auch die Haager Konferenz durch den Tod Stresemanns erlitten habe, und begrüßte dann die neuen Mitglieder der Haager Konferenz, darunter Reichsfinanzminister Moldenhauer und Reichswirtschaftsminister Schmidt.

Der nur kurzen Eröffnungssitzung schloss sich sofort eine nicht öffentliche Tagung an.

SPD. London, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Inhaber des Kinos in Paisley, Charles Dorward, in dem sich am Silvester-Abend die furchtbare Brandkatastrophe abgespielt hat, stand am Freitag zum ersten Mal vor Gericht. Die Öffentlichkeit war von der Verhandlung, die sich auf die Verlesung der Anklage beschränkte, ausgeschlossen. Dorward wird in der Anklageschrift beschuldigt, "in nachlässiger Weise das rückwärtige Tor des Kinos während der Vorstellung versperrt gehalten" zu haben.

In Paisley wurden am Donnerstag 50 Opfer der Tragödie beerdigt. Fünf Stunden lang bewegte sich der Leichenzug mit den 50 weissen Särgen durch die Strassen. Sämtliche Geschäfte waren geschlossen; alle Fenster zeigten Trauerflöre.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Die Ermittlungen zu der Schiesserei in der Nähe des Görlitzer Bahnhofes haben nunmehr zur Aufklärung des Tatbestandes geführt. Danach ist am 29. Dezember 1929 in dem Lokal "Wiener Garten" von Angehörigen der Sturmabteilungen 5, 25 und 27 der N.S.D.A.P. beschlossen worden, mit Rücksicht auf die wiederholten Überfälle durch Angehörige der kommunistischen Partei diesen "eins auszuwischen".

Eine Gruppe von sechs bis zehn Mann, die grösstenteils mit Schusswaffen versehen waren, hat sich in der Nähe der als Verkehrslokal der KPD. bekannten Gastwirtschaft von Helmuth in der Görlitzer Strasse aufgehalten, einen Kundschafter in dieses Lokal gesandt und später vier aus dem Lokal heraustretende Angehörige der KPD beschossen.

Einer dieser Verletzten, der Arbeiter Walter Neumann, ist am 1. Januar 1930 im Krankenhause seinen Verletzungen erlegen. Von den Festgenommenen haben Walter Rieck und Otto Born gestanden, Schüsse auf die Kommunisten abgegeben zu haben. Weiter sind Willi Berth, Karl Senkbeil und Hans Olwitz von Zeugen einwandfrei als Schützen wiedererkannt worden.

Die Genannten sind mit dem an diesem planmässigen Überfall weiter beteiligten Friedrich Kapahnke, Walter Wernicke, Herbert Spielberg und Reinhard Krumm dem Vernehmungsrichter beim Polizeipräsidium zugeführt worden. Die Ermittlungen dauern noch an.

SPD. London, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Die neugegründete indisch-demokratische Partei, die aus dem linken Flügel des all-indischen Kongresses besteht, veröffentlicht eine Kundgebung, in der sie ihre Aufgabe innerhalb der indischen Nationalbewegung mit der Tätigkeit

der britischen unabhängigen Arbeiterpartei innerhalb der gesamten Labour Party vergleicht. Die Führer der neuen Bewegung machen kein Geheimnis daraus, dass sie es auf eine Verdrängung Gandhis und eine Eroberung der Mehrheit des Kongresses abgesehen haben.

SPD. Antlich wird mitgeteilt: Anstelle der vor einiger Zeit eingegangenen Essener Zeitschrift "Das freie Wort", deren journalistische Methoden wiederholt den Gegenstand Erörterungen im preussischen Landtag bildeten, erscheint in Essen seit einiger Zeit eine neue Zeitschrift "Neue Front", deren Tendenz nationalsozialistisch ist. Mehrere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete beschäftigten sich ausführlich in einer Kleinen Anfrage mit dieser Zeitschrift, die, wie sie ausführten, insbesondere von der Inseratenerpressung lebe. Bevor Skandalgeschichten in der Zeitschrift erschienen, melde sich bei der betreffenden Persönlichkeit ein Inseratenaquisiteur und stelle gegen einen genügenden Inseratenauftrag Nichterscheinen des Artikels in Aussicht. Ein solcher Aquisiteur sei vor einiger Zeit bei dem Inhaber einer Bochumer Firma erschienen und habe ihm erklärt, dass ein entlassener Angestellter der Firma Material über ihn geliefert habe. Der Redakteur der "Neuen Front", Herr Wagner, Mitglied des Reichstags, sowie der Geschäftsführer Voss seien auf solches Material besonders scharf. Der betreffende Inhaber habe sich jedoch nicht einschüchtern lassen, sondern seinen Rechtsanwalt beauftragt, den Erlass einer einstweiligen Verfügung herbeizuführen, durch die der "Neuen Front" die Veröffentlichung des Artikels untersagt werden sollte.

In der Anfrage wurde nun ausgeführt, dass der Anwalt die grössten Schwierigkeiten gehabt habe, den Erlass einer einstweiligen Verfügung zu erreichen. Offenbar seien die Bochumer Richter durch die publizistischen Methoden der "Neuen Front" so eingeschüchtert, "dass sie jeden Vorwand suchen, um sich der Beschäftigung an diesem Blatt zu entziehen. Das Staatsministerium wurde gefragt, was es zu tun gedenke, um die Bochumer Gerichtsbehörden zu pflichtmässigem Verhalten gegenüber der "Neuen Front" zu veranlassen und ferner um pflichtmässig handelnde Richter gegen die zu erwartenden Angriffe und Beleidigungen dieses Blattes zu schützen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, beantwortet der Preussische Justizminister die Anfrage folgendermassen :

Nach den angestellten Ermittlungen haben die Richter in Bochum es nicht abgelehnt, sich mit dem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die "Neue Front" zu befassen. Der Sachbearbeiter bei dem Landgericht war gerade mit einer Beweisaufnahme beschäftigt; der Vorsitzende der Zivilkammer, an den sich der Rechtsanwalt darauf wandte, wies, weil er eine Entscheidung der Kammer erst für den folgenden Tag in Aussicht stellen konnte, auf die für Eilfälle vorgesehene Zuständigkeit des Amtsgerichts hin. Auch bei dem Amtsgericht hielt der Dezernent zufällig Termine in dringenden Sachen ab. Er hat aber alsbald nach deren Beendigung die Prüfung und Bearbeitung des Antrages vorgenommen und noch am selben Tage entschieden. Die Annahme, dass die beteiligten Bochumer Richter sich der Beschäftigung mit dem Antrage gegen die "Neue Front" zu entziehen gesucht hätten, dürfte darauf beruhen, dass der Rechtsanwalt Äusserungen der Richter missverstanden hat.

Ein Anlass zu einem Einschreiten gegen die mit der Sache befassten Richter hat sich nicht ergeben. Auch ist bisher ein Bedürfnis zu besonderen Massnahmen zum Schutze der Richter gegen Angriffe und Beleidigungen durch die Zeitung nicht hervorgetreten. Im Bedarfsfall würden die bestehenden Gesetze ausreichende Handhaben bieten.

SPD. Magdeburg, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Auftreten der Papageienkrankheit wird nunmehr auch aus Bernburg gemeldet. Eine Frau und ein Mann, die vor vier Wochen einen Papagei aus Hamburg bezogen haben, sind dieser Tage gestorben. Das Leiden der Frau begann mit einer doppelseitigen Lungenentzündung.

SPD. Hugenberg will seinen Reichsausschuss für das Volksbegehren unbedingt weiter bestehen lassen. Dazu bemerkt die agrarische "Deutsche Tageszeitung":

"Der Sinn des vom Reichslandbund an den Reichsausschuss gerichteten Schreibens geht dahin zu erklären, dass der Reichsausschuss lediglich mit einer ganz speziellen, scharf umrissenen Aufgabe betraut war, und dass nach der Durchführung dieser Aufgabe seine Existenz automatisch beendet ist. Es liegt also weder eine Austrittserklärung, noch gar eine "Sprengung" vor, sondern einfach die Feststellung, dass die Tätigkeit des Ausschusses ihr natürliches Ende erreicht hat. Schon die eigene Namensgebung "Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren" bestätigt diese Auffassung des Reichs-Landbundpräsidiums. Demzufolge sind alle Versuche, ein Weiterbestehen des Reichsausschusses und seine teilweise Sprengung zu behaupten, ohne jede tatsächliche Logik."

SPD. Der stellvertretende Oberbürgermeister von Berlin machte am Freitag vor Vertretern der Presse nähere Ausführungen über den Stand der städtischen Finanzen nach den auf Anordnung des Oberpräsidenten erfolgten Massnahmen der letzten Zeit.

Bürgermeister Scholz erklärte u.a., dass der Erlös aus den Tariferhöhungen voraussichtlich die für die Auffüllung des Tilgungsfonds notwendigen 5 Millionen im Monat übersteigen würde. Ausser den 5 Millionen müssten jedoch auch die überschüssigen Summen dem Fond einverleibt werden. Ausserdem seien zunächst für Januar und die folgenden Monate eine Reihe besonderer Sparmassnahmen in Aussicht genommen. Sie lägen sowohl auf dem Gebiete der Verkehrsgesellschaft und der übrigen städtischen Gesellschaften wie auch auf dem Gebiete des Schulwesens. Der laufende Betrieb dieser Gesellschaften sowie der Schulen würde dadurch nicht betroffen. In der Hauptsache würden eben erst begonnene Bauten eingestellt. Insbesondere sei auf diesem Gebiet den Bezirken strengste Sparsamkeit zur Pflicht gemacht worden. Es sei deshalb nicht mehr möglich, dass wie bei dem Umbau des Rathauses Niederschönhausen in ein Realgymnasium Überschreitungen des Voranschlages in Höhe von 100 000 Mark sich ergeben würden, ohne dass der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung davon in Kenntnis gesetzt würden.

Im übrigen sei mit Rücksicht auf die Grösse des Besitzes der Stadt Berlin an Grundstücken und Gebäuden, der sich auf rund 1 Milliarde im Wert belaufe, die Höhe der Verschuldung nicht im geringsten als besorgniserregend anzusehen. Die Schwierigkeit läge lediglich darin, dass es sich zum grössten Teil um kurzfristige Schulden handele, zumal der Auslandsmarkt zurzeit für Anleihen verschlossen sei. Trotz der misslichen Lage, in die Berlin geraten sei, könne nicht im geringsten daran gezweifelt werden, dass mit den in Angriff genommenen Sparmassnahmen die Misslichkeiten des Augenblicks überwunden werden könnten

SPD. Haag, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

In der auf die öffentliche Sitzung folgenden nichtöffentlichen Sitzung wurde die Technik der Konferenzarbeiten vereinbart. Man bildete zwei Komi-

tees, das eine für die deutschen Reparationen, das andere für die Ost-Reparationen. Zum Vorsitzenden des ersten Komitees wurde Jaspar, zum Vorsitzenden des zweiten Komitees Loucheur ernannt.

Das erste Komitee (deutsche Reparationen) trat sofort zusammen und setzte ein Unterkomitee ein, das einen Bericht über die Arbeit der verschiedenen Ausschüsse vorzulegen hat, die seit September in Paris, Baden-Baden und Brüssel getagt haben. Es gab ein kleines Geplänkel, weil die einladenden Mächte dieses Komitee nur aus ihren Vertretern zusammengesetzt wissen wollten, während Titulescu (Rumänien) den Wunsch äusserte, dass ihm auch die übrigen kleinen Gläubiger angehören sollten, zumal sie bisher über die Baden-Badener und sonstigen Beschlüsse nicht informiert worden sein. Schliesslich einigte man sich dahin, dass das Komitee zwar nur aus Vertretern der sechs grossen Mächte zusammengesetzt sein würde, aber vor seiner Berichterstattung noch die Vertreter der kleinen Mächte informiert werden und ihnen damit die Möglichkeit gegeben würde, sich zu diesem Bericht zu äussern. Mit dieser rein formellen Konzession gaben sich Titulescu und Genossen zufrieden. Das Komitee für die nichtdeutschen, das heisst die ungarischen, österreichischen und bulgarischen Reparationen tritt am Sonnabend-Vormittag zusammen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Österreich an der Jahreswende.

SPD. Wien, Anfang Januar (Eig. Bericht)

Die österreichische Sozialdemokratie hat noch nie so schwere Kämpfe wie 1929 zu bestehen gehabt. Es ging im vergangenen Jahr um das Ganze: um die sozialen und politischen Errungenschaften der Revolution, um die Demokratie, um die Republik - ja um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung. Gewiss hat bei den bestehenden Machtverhältnissen kein vernünftiger Mensch in Österreich geglaubt, dass es möglich wäre der österreichischen Arbeiterklasse das Schicksal der italienischen oder der ungarischen Arbeiterschaft zu bereiten. Zweifellos aber gingen die Absichten der Gegner im vergangenen Jahr dahin, mit dem "revolutionären Schutt", wie es der Führer der Reaktion so schön ausgedrückt hatte, ein Ende zu machen. Dazu hatten alle Schichten und Gruppen der sozialen und politischen Reaktion alle Kräfte und Machtmittel zu einem gemeinsamen Angriff auf die Arbeiterschaft konzentriert.

In den letzten Jahren wurden bereits alle Mittel des Terrors angewandt, um die sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Organisation beim Heer und bei der bewaffneten Exekutive - bei der Polizei und bei der Gendarmerie - zu zertrümmern. Das ist zu einem guten Teil gelungen. Gern hätte man auch unter dem Eindruck des Sieges vom 15. Juli einen Anschlag auf das Koalitionsrecht der öffentlichen Angestellten unternommen. Im letzten Augenblick schreckte man jedoch vor diesem Experiment zurück, weil es die letzten Angestellten aus den Reihen der bürgerlichen Parteien vertrieben hätte. Überhaupt musste man sich langsam zu der Einsicht bequemen, dass auf gesetzlichem Wege gegen die Arbeiter und Angestellten nicht viel auszurichten war. Man ging deshalb daran, die bewaffneten Formationen, die seit dem Umsturz noch bestanden, mehr und mehr auszubauen und zur Einschüchterung der Sozialdemokratie zu verwenden. Die Heimwehren überflügelten schon nach kurzer Zeit alle anderen noch vorhandenen Organisationen und bald drohten sie mit dem "Marsch auf Wien", der Eroberung des roten Wien und der Niederwerfung der Arbeiterschaft. Die finanziellen Mittel zum Ausbau der Heimwehr lieferte vor allem die Alpine Montangesellschaft. Auch die Grossbanken und die Grossindustrie gaben Geld. Aus Deutschland sind den Heimwehren ebenfalls beträchtliche Mittel zugeflossen. Gleichzeitig nahm die Staatsgewalt offenkundig für die Heimwehren Partei und begünstigte sie in jeder Beziehung.

Gegen diese organisierte Macht musste die Sozialdemokratie ankämpfen und als das Bürgertum der Sozialdemokratie unter dem Druck der bewaffneten Söldner eine Verfassung aufzwingen wollte, die alle ihre Machtpositionen entwurzeln, die die sozialdemokratische Verwaltung von Wien ohnmächtig machen, das Parlament entrechten und die Errungenschaften der Arbeiterschaft an der Wurzel abgraben wollte, musste die österreichische Sozialdemokratie zum äussersten Kampf entschlossen sein. Wenn es zu diesem Kampf nicht gekommen ist, so ist das nur dem Umstand zuzuschreiben, dass die Arbeiterschaft stark war, sich von den Gegnern nicht provozieren liess und in musterhafter Disziplin zur Sozialdemokratie hielt. So hat die österreichische Sozialdemokratie ihren Erfolg in erster Linie ihrer Einheit und Geschlossenheit zu verdanken, der Tatsache, dass es neben der grossen und ihrer Verantwortung bewussten Sozialdemokratie keine auch nur irgendwie ins Gewicht fallende kommunistische Partei gibt.

Blößen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Obrigkeitsstaat - oder der ungebührliche Pfennig.

SPD. Ein Automobilist wurde vom württembergischen Oberamt Geislingen in eine Ordnungsstrafe von 11 Mark genommen. Der Bestrafte war der Ansicht, dass es sich um eine überbürokratische Massregel handle, die nicht gerechtfertigt sei. Er ärgerte sich nach Kräften und das war sicher sein gutes Recht. Nun wollte er aber wieder ärgern, und dabei lernte er den heiligen Bürokratius kennen. Er zahlte zwar seine Strafe, aber nicht etwa durch Posteinzahlung oder Überweisung, sondern in bar. Er schickte dem Oberamt Geislingen einen Kasten, der genau abgezählt elf Mark in Ein- und Zweipfennigstücken enthielt. Was geschah? Das Oberamt Geislingen sandte ihm einen neuen Strafbefehl zu über 10 Mark wegen Ungebühr gegenüber der Behörde.

Der bestrafte Automobilist legte Beschwerde beim Württembergischen Ministerium des Innern ein, er drang aber damit nicht durch, obwohl er der Behörde nahe legte, sie möchte mehr Achtung vor dem Pfennig zeigen. Das Ministerium antwortete ihm, er habe eine Verhöhnung der Behörde beabsichtigt, und sei darum zu Recht in Strafe genommen worden.

Man mag über die Rache des bestraften Automobilisten denken, wie man will, - aber seit wann ist der Staatsbürger verpflichtet, freundlichen Aufforderungen zur Zahlung von Strafbefehlen in bestimmten Geldsorten oder auf bestimmtem Zahlungswege nachzukommen? Aus dem Strafbefehl des Geislinger Oberamts wie aus dem Bescheid des Württembergischen Innenministeriums spricht aufgeblasener Obrigkeitsdünkel des Bürokratismus, der gar nicht mehr in unsere Zeit passt. Es ist jener Geist, der vom Staatsbürger verlangt, dass er in Ehrfurcht erschauernd mit den Händen an der Hosennaht stramm zu stehen hat, wenn irgend eine Behörde etwas von sich gibt. Etwas mehr Humor und etwas weniger verknöchertes Bürokratedünkel würde dem heiligen Bürokratius von Württemberg sicher nichts schaden!

Die Straflosen.

Die demokratische Verfassung gewährleistet uneingeschränkte Freiheit der Meinungsäußerung und der Presse. Die stillschweigende Voraussetzung ist dabei, dass alle Staatsbürger den guten Willen haben, die Schranken zu beachten, die durch die Gesetze und die Achtung vor den Mitmenschen gezogen sind. Bei der Presse der extremen Parteien ist dieser Wille nicht vorhanden. Diese Sorte von Presse benutzt die demokratische Freiheit zu einer Taktik, die ebenso verbrecherisch wie feig ist. Sie fordert täglich zu Gewalttaten gegen Andersdenkende auf in dem Bewusstsein, dass den Redakteuren, die solches tun, nichts geschehen kann. Die "Rote Fahne", das Zentralorgan der Kommunisten, hetzt ihre Leser zu einem wahren Hakenkreuzprogramm auf. Sie schreibt:

"Aus ihren Schlupfwinkeln müssen die Goebbels-Banditen ausgeräuchert werden. Berlin muss faschistenrein werden."

Wer die letzten Vorgänge in Berlin kennt, der weiss, dass dies eine unverhohlene Aufforderung zum bewaffneten Überfall auf die Verkehrslokale der Hakenkreuzler ist. Dazu hetzt die "Rote Fahne" noch gegen den Hakenkreuz-Goebbels persönlich: "Die Berliner Arbeiterschaft müsste sich überlegen, ob sie nicht den Anstifter der blutigen Überfälle an seinem Krankenbett einen Besuch abstaten sollte."

Auf der anderen Seite benimmt sich die Hakenkreuzpresse nicht weniger hetzerisch. Die Hetze hat Erfolg, eben erst sind in Berlin eine Reihe von Kommu-

nisten und Hakenkreuzler unter der Beschuldigung schwerer Bluttaten verhaftet worden. Liest man die Liste der Verhafteten hüben und drüben, so sieht man mit Erstaunen: alles Arbeiter! Die werden nun bestraft, schwer bestraft, den eigentlichen Verantwortlichen aber, den hetzenden Redakteuren, die vom sicheren Schreibtisch aus anstiften, und selber weit vom Schuss bleiben, denen geschieht nichts! So geht der Privatkrieg der extremen Parteien untereinander weiter und die Staatsgewalt sieht achselzuckend zu und wartet auf die kommende Erneuerung des Republikschutzgesetzes.

Finanzkapitalistische Anmassung.

Die Ernennung des Sozialdemokraten Robert Schmidt zum Reichswirtschaftsminister passt gewissen Bank- und Börsenleuten nicht in den Kram. Am Tage nach der Ernennung hängte eine Heilbronner Bank in ihrem Schaufenster einen sogenannten Wirtschaftsbericht auf, der diese Ernennung in herabwürdigender Art besprach. Es wurde bedauert, dass die Sozialdemokratie nicht an Stelle des Klaviermachers Robert Schmidt nicht wenigstens einen bilanzsicheren Buchhalter als Wirtschaftsminister in Vorschlag gebracht habe. Daran schlossen sich eine Reihe von anmassenden und herabsetzenden Äusserungen über den neuen Wirtschaftsminister Robert Schmidt. Als die Bankleitung zur Rede gestellt wurde, entschuldigte sie sich damit, dass sie regelmässig einen Berliner Wirtschaftsdienst aushänge, der von ihr abonniert sei. Sie habe die Ausführungen nicht gelesen, sonst hätte sie den Aushang nicht vorgenommen.

Es stellt sich also heraus, dass Berliner Bank- und Börsenleute auf dem Wege solcher Rundschreiben eine versteckte und herabsetzende Hetze gegen sozialdemokratische Minister betreiben. Die hochmütige Überhebung dieser Bank- und Börsenmenschen zeugt gegen sie selber. Es gibt auch ausserhalb der Kreise der Börsenfaulenzler kenntnisreiche und tüchtige Menschen! Wenn sich die Berliner Börsenfaulenzler geärgert fühlen durch die Ernennung Robert Schmidts, dann ist es gerade recht!

Enttäuschungen über Mussolini.

Die Hitler-Partei hat sich an Mussolini herangedrängt und wedelt vor ihm mit dem Schweif. Mit Stolz deklamiert sie immer wieder, dass auf ihrem letzten Nürnberger Parteitag ein offizieller italienischer Vertreter erschienen ist.

Nun hat Mussolini Herrn Hitler einen bitteren Schmerz zugefügt. Er hat zum Botschafter in Berlin Herrn Orsini Baroni ernannt. Es stellt sich heraus, dass die Gattin des Botschafters eine geborene Gutmann ist aus dem Hause Gutmann, das die Dresdener Bank regiert.

Armer Hitler, mit deinen antisemitischen Idealen! Aber hat er aus Liebe zu Mussolini das eine Auge vor Südtirol zugeedrückt, so wird er auch noch das andere vor der geborenen Gutmann zudrücken.

Der Antisemit als Strafrichter.

Vom Landgericht in Lyck in Ostpreussen stand ein Angeklagter, der das Unglück hat Jude zu sein und dabei vor einen antisemitischen Strafrichter zu geraten. Das Urteil, das gegen ihn gefällt wurde, bezeichnete ihn in der Begründung nicht als den Angeklagten XY sondern als "der Jude XY". Der Schlusssatz der Begründung aber lautete (Aktenzeichen 2 J 1396): "Das Gericht hat darauf zu achten, dass solche ausländischen Elemente für die Zukunft unschädlich gemacht werden." Dieser Strafrichter von Lyck, Sperling ist sein Name, scheint eine sehr eigenartige Auffassung von seinem Amt zu haben!

Aus aller Welt

Ein sächsischer Gralsritter.

Bernhard "Abdruschin" aus Kötzschenbroda.

SPD. Ein neuer Gottessohn ist Ritter Abdruschin, der mit seinem bürgerlichen Namen Ernst Oskar Bernhard heisst und dieser Tage in Schloss Vomperberg in Österreich auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft verhaftet worden ist. Bernhard, 1875 in Bischofswerda bei Dresden geboren, war Offizier, später Schriftsteller über mystische Themen. Von Kötzschenbroda aus schickte er unter dem Namen Otto von Berneck zahlreiche Romane und Dramen in die Welt. Hier in Kötzschenbroda gründete er auch eine Religionsgesellschaft der Gralsritter; wie er sagt, auf philosophisch-wissenschaftlicher Grundlage. Seine spezielle Aufgabe wäre nach seiner Meinung die Vorbereitung der Menschen auf den Himmel. Als Inkarnation des Gralsritters Abdruschin wäre er hierfür besonders geeignet.

In Schloss Vomperberg bei Schwaz wurde diese Vorbereitung im grossen betrieben. 120 Mitglieder zählt die Gralsritterschaft, die sich selbst durch das Tragen eines goldenen Kreuzes auszeichnet, das zwar nur aus Messing, aber eben sehr heilig ist. Viele der Gralsritter sind ehemalige Offiziere; die meisten stammen aus Süddeutschland und Sachsen. Die Gendarmen, die mit der Aufklärung der nicht nur kuriosen, sondern auch kriminellen Sache beauftragt worden waren, fanden die in der Gralsburg versammelten Ritter in einer schwarz verhangenen Halle sitzend. Eine Kristallschale spendete mattes Licht. In glänzender Rüstung stand auf erhöhtem Podest Ritter Abdruschin aus Kötzschenbroda und sang den Gästen sein heiliges Lied . . .

Die Gralsritter sind verpflichtet, ihrem König finanziell beizustehen. Im letzten halben Jahr soll der Herr König auf diese Weise 400 000 Mark bekommen haben. Einer der Ritter hatte aber Lunte gerochen und Anzeige erstattet. Aber nicht nur Bernhard beteuert seine Unschuld, sondern auch seine Frau. Sie stammt gleichfalls aus Kötzschenbroda und hatte früher den ehrenwerten und durchaus lukrativen Beruf einer Haderngrosseinkäuferin.

+ + +
Jugendtagung in Kopenhagen. Am 12. und 13. Juli 1930 wird in Kopenhagen eine sozialdemokratische Jugendtagung abgehalten, die einen bisher nie gekannten Umfang erhalten wird. Es sind Einladungen ergangen an die sozialdemokratischen Jugendorganisationen in sämtlichen nordeuropäischen Ländern. Bisher sind über 10 000 Teilnehmer angemeldet, davon 3000 aus Schweden, 1000 aus Norwegen, viele Hunderte aus Deutschland, Finnland und Letland. Aus Dänemark selbst nehmen 6000 daran teil. Die Einladungen gehen von dem dänischen Jugendbund "Dänemarks sozialdemokratische Jugend" aus. Der Besuch wird meistens bei dänischen Arbeiterfamilien einquartiert, der Rest in Schulen und Versammlungshäusern. Es sind verschiedene Demonstrationzüge geplant, ferner werden eine Reihe von Versammlungen unter freiem Himmel in den Parkanlagen der Stadt abgehalten werden. Ausserdem soll das nächtliche Kopenhagen im Fackelschein erglänzen.

+ + +
Osman und Aische. In der nordanatolischen Provinzstadt Kastamunie lebte ein Mann namens Osman seit Jahren von dem Gelde, das seine Tochter Aische im Freudenhaus der gleichen Stadt verdiente. Eines Tages wandte sich ihr zahlungsfähigster Besucher ein gewisser Hassan Basri, von Aische ab und schenkte seine Neigung und sein Geld einem anderen der Freudenmädchen. Wütend verlangte der

alte Osman von Hassan Basri die Wiederaufnahme der alten Beziehungen. Als er sah, dass weder Drohungen noch Bitten ihm die alte Einnahmequelle wieder erschliessen würden, ging er zum Freudenhaus der Stadt, drang in das Zimmer der Rivalin seiner Tochter ein und tötete sie durch einen Messerstich ins Herz. Dann lauerte er Hassan Basri auf und verletzte auch ihn durch zahlreiche Messerstiche so schwer, dass er bald starb. Einige Tage später wurde Osman verhaftet.

+ + +

Der Geizhals als Bettler. In Schimikler bei Smyrna starb dieser Tage ein alter Bettler Ali Agha, der sich bereits seit Jahrzehnten von den milden Gaben der Dorfbewohner ernährt hatte. In seinem Schreiben an den Dorfvorsteher teilte der Bettler mit, dass in seinem Hause an einer bestimmten Stelle ein Petroleum-Tenneke gefüllt mit Goldstücken vergraben sei. Tatsächlich fand man an dem bezeichneten Orte den Schatz. Er enthielt eine so grosse Summe, dass dem alten Ali Agha allein die Bankzinsen ein sorgloses Leben gestattet hätten.

+ + +

50 000 Mark erknackt! Berliner Geldschrankknacker statteten einer Firma in der Holzmarktstrasse einen Besuch ab. Sie wählten den Weg über das Dach eines dem Hause benachbarten Schuppens. Von hier aus legten sie eine Leiter an, die in die im ersten Stock gelegenen Geschäftsräume führte. Erst wurde das Fenster geöffnet - dann der Geldschrank: 49 900 Mark betrug die Beute. Von den Einbrechern fehlt jede Spur.

+ + +

Die kalifornische Flugzeugkatastrophe. Die beiden ins Meer gestürzten Flugzeuge (Siehe Funkdienst 3/I.) flogen für die Fox-Filmgesellschaft, in deren Auftrag ein Schauspiel "Solche Männer sind gefährlich" gedreht werden sollte. Der Film sollte das Leben und tragische Ende des Brüsseler Bankiers Löwenstein zeigen. In einer Höhe von 700 Metern sollte der Hauptdarsteller, entsprechend dem Tode des dem Leben entnommenen Vorbildes, ins Meer fallen. Plötzlich wurde der Pilot der Maschine, in der die Operateure arbeiteten, von der Sonne geblendet. Darauf ist es zurückzuführen, dass er mit voller Wucht in die andere Maschine hineinflog. Von den beiden abstürzenden Maschinen brannte die eine lichterloh.

Zwanzig unten manövrierende Schnellboote, von denen aus die Katastrophe beobachtet worden war, eilten zur Rettung herbei. Sie konnten ebensowenig Hilfe bringen wie Wasserflugzeuge, die zwecks Hilfeleistung niedergegangen waren: Schlingpflanzen auf dem Meeresgrund umgarnten die Trümmer der verunglückten Maschinen. - Unter den Toten befindet sich der Produktionsleiter und Regisseur Hawkes, der Gatte von Mary Astor, die, als sie die Unglücksbotschaft erhielt, einen Nervenschock erlitt.

+ + +

Tödlicher Autounfall in Berlin. Am Freitag morgen wurde der 22 jährige Schofför Korilla auf der Charlottenburger Chaussee bei einem schweren Autounglück tödlich verletzt. Der Wagen des Korilla hatte eine Panne erlitten. Er legte sich zwecks Ausbesserung des Schadens unter den Wagen, auf den, während Korilla arbeitete, ein anderes Auto auffuhr. Beide Wagen wurden gegen Bäume geschleudert und schwer beschädigt. Korilla erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er bald starb. Der schuldige Schofför behauptet in der Dunkelheit den anderen Wagen nicht gesehen zu haben.

+ + +

Das Kindersterben von Hammerstein. Die im Hammersteiner Russenlager ausgebrochene Masernepidemie hat bisher 52 Todesopfer gefordert. Die Seuche, von der nur Kinder ergriffen werden, ist von den russischen Flüchtlingen ingeschleppt worden. Der Erreger ist der Bazillus Streptococcus, gegen den noch kein Mittel existiert. Auf Veranlassung des Universitätsprofessors Dr. Friedemann, der die Fälle im Lager studiert hat, wurde aus Höchst ein Serum bezogen, mit dem sich alle Lagerinsassen impfen lassen mussten. Nach der Impfung fühl-

ten sich einige Kranke wesentlich besser. Im Prenzlauer Flüchtlingslager ist gleichfalls eine Masernepidemie ausgebrochen. Hier liegen etwa 40 Kinder krank danieder.

Die menonitischen Eltern der gestorbenen Kinder tragen das Unglück in ihrem Glauben als eine Fügung Gottes, gegen die es kein Auflehnen gibt. Als die Epidemie ausbrach, weigerten sich sogar einige Mütter gegen die ärztliche Behandlung ihrer Kinder. Manche Eltern versteckten die Kleinen im Stroh.

+ + +
Direktor Landeker + Im Alter von 73 Jahren starb am Freitag Direktor S. Landeker, der Mitbegründer und langjährige Alleinleiter der Berliner Philharmonie. Der Tod erlöste die populäre Persönlichkeit des Berliner Musiklebens von einem langen Leiden. Ein wechselvolles Leben ist beendet, untrennbar verbunden mit der Geschichte der Berliner Philharmonie und des Philharmonischen Orchesters.

+ + +
Den Sohn erschossen. Am 14. Dezember wurde der Arbeiter Robert Palmert aus Rangsdorf im Wartesaal vierter Klasse des Potsdamer Bahnhofes in Berlin mit einem Kopfschuss aufgefunden. Einen Tag später fand man in Rangsdorf die Leiche des drei Jahre alten Sohnes Paul des Arbeiters. Der Vater, der zuerst angab, mit seinem Sohn von Räubern überfallen worden zu sein, hat jetzt gestanden, das Kind getötet zu haben. Paul war unehelich. Die Absicht des Vaters, die Mutter des Kindes zu heiraten, wurde dadurch durchkreuzt, dass die Braut noch ein zweites Kind gebar, das einen anderen Vater hatte. Ausserdem wurde Palmert durch einen Unfall erwerbslos. Er wollte sterben und auch dem Kind, für das, nach seinen Angaben, nur schlecht gesorgt wurde, das Leben nehmen. Er erschoss es auf einem Spaziergang, nachdem es in seinen Armen eingeschlafen war. Den Mut, sich selbst zu töten, fand er erst später. Die Kugel verfehlte jedoch ihr Ziel, sodass Palmert eines Tages im Potsdamer Bahnhof verwundet aufgefunden wurde. Er wird zur Zeit noch in Berlin im Staatskrankenhaus behandelt.

+ + +
Ohne Kopf aus der Seine gefischt. Nach vierwöchentlicher Arbeit wurde von der Pariser Kriminalpolizei ein grauenvoller Mord aufgeklärt. Das Opfer ist die 17 jährige Lilli Friquet, die am 28. November in Auteuil, wo sie bei ihren Eltern lebte, ohne Kopf und Hände aus der Seine gefischt worden ist. Der Mörder ist ihr 18 jähriger Freund Henri, der das Mädchen im Verlaufe eines Streites ins Gesicht geschlagen hat, sie dann unbekümmert verliess aber nach wenigen Stunden in ihrem Blute sterbend fand. Henri wusste aus seiner Not keinen Ausweg. Drei Tage lang lag er mit der Leiche im Bett. Als der Geruch ihn zu verraten drohte, verpackte er die Leiche in einen Sack, den er auf einem Lagerplatz niederlegte. Bald darauf wechselte der Lagerplatz seinen Besitzer. Wieder fürchtete Henri die Aufdeckung des Verbrechens. Nun wollte er die Spuren verwischen, indem er die Leiche in die Seine warf. Da sie bereits verweste, fielen unterwegs Kopf und Hände ab. Henri ist verhaftet und steht unter Mordanklage.

+ + +
Verbannt und ertrunken. Beim Brande eines Hauses in Ornstown (Provinz Quebec) kamen sechs Kinder ums Leben. - In Südschweden ertranken fünf Knaben im Alter von 6 bis 8 Jahren in dem Flüsschen Flion. Sie sind beim Schlittschuhlaufen auf dem zu dünnen Eise eingebrochen.

+ + +
Abermals Eisenbahnattentat. Ein achter Anschlag auf die Eisenbahn ist auf der Strecke Braunschweig-Gifhorn zwischen Querum und Wenden, also ganz in der Nähe Braunschweigs, verübt worden. Die Täter hatten von einer Brücke einen gemauerten Steinsockel losgebrochen und ihn auf das Gleis gewälzt. Der Sockel wog etwa 1½ Zentner. Ein Zug hat das Hindernis etwa 30 Meter vor sich hergeschoben und allmählich zermalmt. Die Täter hatten auch versucht, einen Neigungsanzeiger herauszureissen, was ihnen aber nicht gelang. Obwohl die Eisenbahnverwaltung nach dem siebenten Anschlag die Belohnung für die Ergreifung der Täter auf 10 000 Mark erhöht hat, ist es noch nicht gelungen, die gemeingefährlichen Verbrecher zu fassen. In Braunschweig wird die Vermutung immer stärker, dass es sich um Leute handelt, die mit dem Eisenbahnwesen gut vertraut sind.

Zwei Tage Haft für einen Juwelenräuber.

SPD. Dass die Landesgrenzen ein Strafverfahren zu einer Groteske machen können, dafür bot eine Verhandlung vor dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg einen schlagenden Beweis.

Der Seemann Sandrowski aus Riga, ein gut aussehender, kräftiger Mann mit einem Menjou-Schnurrbärtchen, ist ein besonders gefährlicher Ein- und Ausbrecher. Jahrelang fährt er auf Frachtdampfern aller Nationen, treibt sich in allen Hafenstädten herum. Einmal verübt er einen Einbruch in New York, bei dem ihm Juwelen im Werte von nicht weniger als 150 000 Dollar - das sind 600 000 Mark - in die Hände fallen. Er wird gefasst und schnappt 4 Jahre Sing-Sing. Aber es gelingt ihm, aus dem berüchtigsten aller Zuchthäuser auszubrechen. Auf der Halbinsel Florida, wo die Dollar-Millionärinnen ihre Sommerferien zu verbringen pflegen, taucht er wieder auf und erleichtert einige Damen abermals um einige besonders schwere Schmuckstücke. Er wurde zwar abermals gefasst - aber wiederum gelingt es ihm, zu entweichen. Jetzt finden wir ihn an Bord eines englischen Schiffes wieder, mit dem er die Reise nach Bremen macht, aber nicht etwa mit leeren Händen: eine einzige Perlenkette in seinem Koffer, zusammengesetzt aus 843 erlesenen Stücken, hatte einen Versicherungswert von 16 000 Mark. Dazu kommen Broschen, Armbänder, Ringe, Nadeln - kurz: alles, was reiche Leute notwendig brauchen. Er schmuggelt sich und seine Schätze durch den Zoll hindurch, hat dann aber freilich das Pech, an offenbar nicht sehr nüchternem Zustande Pa-piere und Geld zu verlieren. Angeblich war es ihm nur darum zu tun, ein Visum nach seiner Vaterstadt Riga zu bekommen.

Er wendet sich zunächst nach Berlin. Hier befällt ihn Typhus und er muss das Virchow-Krankenhaus aufsuchen. Das ist an sich schon unerfreulich genug, wird aber durch die Sorge für die Juwelen noch unerfreulicher. Eine junge Dame, die der Patient in einem Ballsalon kennengelernt hatte, weigert sich, den Schatz zu hüten; mit dem Hehlereiparagraphen lässt sich nicht spassen. Also bleibt dem Bedrängten nichts übrig, als den Koffer unter sein Bett im Krankenhaus zu stellen. Indiskret, wie man in Krankenhäusern nun einmal ist, entdeckt man die märchenhaften Reichtümer unter dem Bett und - beschlagnahmt sie.

In jedem Kriminalfilm wäre die Geschichte nun so ausgelaufen, dass der Ein- und Ausbrecher nach seiner Wiederherstellung der amerikanischen Polizei zur Bestrafung überliefert worden wäre. Aber das Leben ist bisweilen romantischer als der Film. Obwohl die amerikanische Polizei an Hand von Fingerabdrücken die Identität des Juwelenbesitzers mit dem Einbrecher Sandrowski nachweisen könnte und dieser zudem wegen eines Einbruches in Deutschland zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt und auch dort - in Luckau - ausgebrochen war, bleibt der Angeklagte kühl und sachlich und gibt an, er habe in Pris in grossem Stil Juwelenhandel getrieben und bei dieser Gelegenheit die Schätze erworben.

Die Auslieferungsverträge, die mit den Vereinigten Staaten bestehen, scheinen nicht ganz vollkommen zu sein. Sandowski kann nur wegen Zollhinterziehung zu zwei Tagen Haft und 28 Mark 80 Pfennigen Geldstrafe verurteilt werden. So lautet der Antrag des Staatsanwalts, so lautet das Urteil. Nur darüber herrscht noch Unklarheit, ob die fette Beute nach Amerika zurückgeschickt wird, oder dem deutschen Fiskus verfällt. Aber darüber wird nicht das Gericht, sondern das preussische Finanzministerium zu entscheiden haben.

+ + +

Galante, aber falsche Detektive. Die Berliner Kriminalpolizei nahm die Kaufmannsöhne Siegfried Hermann und Gustav Eorchardt fest, deren Spezialität es war, in der Umgebung der grossen Berliner Bahnhöfe Herren nachzuschleichen, die dort in eindeutiger Absicht mit jungen Mädchen Hotels aufsuchten. Wenn sie gläubten, dass ihre Opfer Ehemänner seien, stellten sie sich als Kriminalbeamte vor, verschafften sich frech Namen und Adressen, um dann ihre Erpressungen ausüben zu können. In vielen Fällen haben sie beträchtliche Geldsummen ergaunert.

Gewerkschaftliche Rundschau

Warnung und Losung.

Finanzreform, Lohn, und Arbeitslosenschutz.

SPD. Die Neujahrsbetrachtungen der Arbeiterpresse zeigen, dass sich die frei organisierte Arbeiterschaft auf schwere Kämpfe gefasst macht und das Jahr 1930 als ein Jahr grosser und entscheidender Kraftproben betrachtet. Wird die Neuverteilung des Sozialertrages zwischen Kapital und Arbeit, wie sie von den Gegnern der Arbeiter bei der Finanzreform erstrebt wird, eine Periode starker und erbitterter Lohnkämpfe auslösen? Wird der Kampf um die Arbeitslosenversicherung von neuem beginnen? Werden diese beiden Fragen binnen kurzem mit einem Ja beantwortet? Das Unternehmertum kann - wenn es will - die drohenden Kämpfe und Erschütterungen vermeiden. Wird es einlenken? Damit der Gegenseite rechtzeitig der Ernst der Situation klar wird, haben die freien Gewerkschaften in ihrem führenden Organ, der Gewerkschaftszeitung, zu Beginn des neuen Jahres an alle im Unternehmerlager, die noch Verantwortungsgefühl besitzen, eine deutliche Warnung gerichtet.

Die Gewerkschaften rechnen damit, dass die Gegner einer Lösung der Finanzwirren im Sinne der Arbeiterforderungen entschlossen sind, das volle Gewicht ihrer Geltung zu ihrem Vorteile einzusetzen. Die Verteilung des Nutzens aus dem Sozialprodukt erfolgt aber nur zum Teil auf dem Wege über die Verteilung der Staatslasten, zum anderen Teil durch die Festsetzung der Löhne. Wie der Kampf um die Finanzreform enden wird, ist im Augenblick noch ungewiss. Ein Grundsatz steht jedoch, so erklärt das Organ des ADGB, für die Gewerkschaften fest: was die Arbeiter im politischen Kampf einbüßen, was ihnen durch stärkere Steuerbelastung genommen wird, werden sie wieder einbringen durch den Kampf um entsprechend höhere Löhne. Die Arbeiterschaft kämpft mit kombinierten Waffen. Wohin die Macht des politischen Zweiges der Bewegung nicht reicht, dahin dringt die Kraft der gewerkschaftlichen Organisationen. Dessen mögen unsere Gegner eingedenk sein. Eine Welle von Arbeitskämpfen wäre die Folge einer schlechten Finanzreform."

Wenig unterrichtete Kreise glauben, die Finanzkrise der Reichsanstalt für die Arbeitslosenversicherung sei durch die gegen den Willen der Arbeitgeber erfolgte Beitragserhöhung überwunden. Sie ist in Wirklichkeit nur etwas abgeschwächt, nicht aber beseitigt, und es lässt sich schon jetzt übersehen, dass neue Kämpfe um die Versicherung im Anzuge sind. Die neue Finanzlage sieht nach den Feststellungen der Gewerkschaftszeitung so aus: Bis zum Auslauf des Winters 1929/30 werden die Ausgaben der Reichsanstalt ihre normalen Beitragseinnahmen um mindestens 300 Millionen Mark überschreiten. Die beschlossene Beitragserhöhung um $\frac{1}{2}$ % bringt eine monatliche Mehreinnahme von 12 Millionen Mark. Bis Ende April sind danach 36 Millionen Mark Mehreinnahme verfügbar. Der neue Gesamt-mehrbedarf von rund 300 Millionen kann also nur um 36 Millionen sinken. Das Reich muss im Laufe der nächsten vier Monate weitere 264 Millionen Mark Darlehen leisten. Von diesem Betrag sind 78,5 Millionen im Etat des Reiches vorgesehen, (150 Millionen für Darlehen waren für 1929/30 eingesetzt, davon sind 71,5 Millionen bereits April/Mai 1929 verausgabt) sie sind aber noch nicht kassenmässig vorhanden. Jedenfalls müssen 185 Millionen zusätzlich auf Nachtragsetat genommen werden.

Wie steht's nun mit der Lage der Arbeitslosen? Die Gemeinden stecken in der Finanzklemme und dadurch wird der Baumarkt des Frühjahrs bedroht. Die Hoff-

nung auf Arbeit ist also schwach. Die Unterstützungssätze liegen heute bereits so tief, dass sie kaum noch vor dem Verhungern schützen. Zuschüsse von den Gemeinden sind kaum zu erwarten. Die Preise für Lebensmittel, Strassenbahn usw. steigen. Trotzdem wollen die Arbeitgeber die Leistungen der Arbeitslosenversicherung weiter senken. Die Gewerkschaftszeitung erklärt daher nochmals mit aller Deutlichkeit, dass die Gewerkschaften jeden grundsätzlichen Abbau der Arbeitslosenunterstützung ablehnen und bekämpfen "auch unter der Gefahr eines gewiss nicht-gewünschten, aber nötigenfalls auch nicht gescheuten schwierigen politischen Konflikts. Wer die Arbeitslosenunterstützung über die - einem auch von uns anerkannten Krompromiss entsprungene - Reform vom 3. Oktober 1939 hinaus verschlechtern will, wirft Deutschland damit in eine politische Fehde, die um der Gesamtwirtschaft willen vermieden werden sollte."

Die Parole für 1930 kann angesichts der drohenden Kämpfe für die Arbeiter nur lauten: Stärkt die Gewerkschaften! Die Christen prophezeien, dass den freien Gewerkschaften ein "kritisches Jahr" bevorstehe. Sie sagen, die von den Kommunisten entfachten inneren Kämpfe bedrohten die bis jetzt an den freien Gewerkschaften bewunderte Homogenität und ihr Prestige. Die Sozialisten böten der Öffentlichkeit das Schauspiel inneren Zerwürfnisses. Das Jahr 1930 werde bestimmt ein Krisenjahr für die freien Gewerkschaften sein. Ganz so schlimm liegen die Dinge ja nun nicht, wie sie von den Christen hier geschildert werden. Auch 1929 haben die Gewerkschaften ihre Positionen weithin verbessert. War das vergangene Jahr auch nicht ein Jahr schwerer drohender Arbeitskämpfe, so wurde doch nicht ohne Erfolg gekämpft. Am 1. Juli 1929 zählte der ADGB 4,9 Millionen Mitglieder. Der Betriebsrätewahlkampf des Frühjahrs muss die fünfte Million bringen. Mit den Moskauern muss jetzt deutsch gesprochen, und wo sie nicht Vernunft annehmen, mit ihrer Zerstörungsarbeit aufgeräumt werden. Wenn marschiert werden soll, kann nicht resonniert werden. 1930 wird aber ein Jahr der Gewaltmärsche sein, ein Frontjahr des sozialen Kampfes. Schluss mit dem Moskauer Gequengel!

SPD. Wo wird mehr gearbeitet: in Amerika oder in den europäischen Industrieländern? Auf diese Frage gibt Professor Read an der Columbia-Universität, eine der internationalen wissenschaftlichen Grössen für Metallfragen, eine Antwort, die sehr zum Widerspruch reizen dürfte. Der Herr Professor hat entdeckt, dass die Hälfte der gesamten Arbeit der Welt von den Vereinigten Staaten geleistet wird, und dass der amerikanische Arbeiter eine Arbeitsleistung vollbringt, die der seines europäischen Kollegen um etwa drei bis sieben Mal überlegen ist. Der Gelehrte gibt in einer Statistik die Arbeitsleistungen in 15 führenden Ländern der Welt bekannt und fügt hinzu, dass die europäische Ansicht, die Prosperität Amerikas sei in erster Linie auf den natürlichen Reichtum des Landes und sein hoch entwickeltes Industriesystem zurückzuführen, nicht den Tatsachen entspreche. Der eigentliche Grund für die hohen amerikanischen Löhne sei die weitaus überlegene Arbeitskraft und Leistung der amerikanischen Arbeiterschaft. In der von dem Professor veröffentlichten Liste der nationalen Arbeitsleistungen steht China mit Leistung 1 an niedrigster Stelle, Russland mit 2 $\frac{1}{2}$ an dritter, Frankreich mit 8 $\frac{1}{4}$ an achter, Deutschland mit 12 an elfter, England mit 18 an dreizehnter und die Vereinigten Staaten mit 30 weit oben an der Spitze.-

Das Geheimnis der hohen Löhne in Dollarika wäre also enthüllt. Der amerikanische Arbeiter leistet bedeutend mehr, und deshalb bekommt er auch bedeutend mehr Lohn. Die Professorenweisheit der Columbia-Universität wird das Entzücken der deutschen Unternehmer hervorrufen. Wenn künftig die deutschen Arbeiter auf die hohen amerikanischen Löhne verweisen, dann wird es heissen: Ihr Faulenzer, arbeitet mehr, dann bekommt ihr mehr.

Das Internationale Arbeitsamt hat bei der Ford=Enquete vielleicht die Möglichkeit, einige Anhaltspunkte zum Vergleich der amerikanischen mit der europäi-

sehen Arbeitsleistung zu beschaffen. Jedenfalls bedarf dieser Vergleich einer gründlichen Durchleuchtung; denn die Erleuchtung des Herrn Professors Read ist auch die Ueberzeugung vieler amerikanischer Geschäftsleute. In deutschen Filialen grosser amerikanischer Unternehmungen bekommen es die deutschen Angestellten von den amerikanischen Filialleitern soundsooft unter die Nase gerieben, dass in Amerika bedeutend mehr gearbeitet und geleistet werde als in Deutschland.

Das deutsche Arbeitstempo lässt absolut nichts zu wünschen übrig; es ist bestimmt nicht langsamer als das englische. In der Statistik Reads dagegen steht Deutschland erst an elfter, England aber weiter oben an 13. Stelle. Britische und deutsche gewerkschaftliche Studienkommissionen, die die Vereinigten Staaten besuchten, haben die Richtigkeit der Annahme, als ob die Leistungsfähigkeit des amerikanischen Arbeiters unter sonst gleichen Bedingungen grösser wäre, bestritten. Nicht der Fleiss und die Tüchtigkeit, sondern nur der Arbeitseffekt des amerikanischen Arbeiters ist infolge der drüben viel weiter getriebenen Rationalisierung und Technisierung grösser. So stieg nach amtlichen Berechnungen die Mengenleistung des amerikanischen Arbeiters in den 10 Jahren seit 1914 bei Eisen und Stahl von 100 auf 159, Kraftwagen auf 272, Schuherzeugung 106, Papier und Holzstoff 134, Zement 161, Leder 126, Getreidemühlen 140, Zuckerrohrraffinerien 128, Schlächtereien und Konservenfabrikation 127, Petroleumraffinerien 183. In Amerika wird durch die Erzeugung von Einheitsfabrikaten, durch den Kampf gegen die Verschwendung in der Industrie, den Hoover organisierte, und durch genaueste und wissenschaftliche Nutzung der menschlichen Arbeitskraft ein höherer Leistungseffekt erzielt. Diese Effektsteigerung erklärt aber auch nur zum Teil die hohen Löhne; zu ihrer Erklärung müssen noch andere Momente wie Arbeitermangel (durch Einschränkung der Einwanderung) und Steigerung der Kaufkraft, der Verbraucher herangezogen werden.

SPD. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat, wie amtlich mitgeteilt wird, in der ersten Dezemberhälfte um 233 000 Personen oder fast 20 % - zugenommen. Am 15. Dezember wurden rund 1,4 Millionen Personen in der Arbeitslosenversicherung unterstützt, davon 1,1 Millionen Männer und rund 300 000 Frauen. In der Krisenunterstützung befanden sich Mitte Dezember 194 000 Personen. Die Zunahme gegenüber dem 30. November beziffert sich auf 4 %.-

Die Steigerung ist, wie erwartet, hoch. Die Ueberlagerung gegenüber dem Vorjahr ist jedoch weiter zurückgegangen. Sie betrug Ende Dezember 170 000, nach der neuen amtlichen Zählung Mitte Dezember nur noch 130 000. Wir nähern uns immer stärker dem Vorjahrsniveau. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden wir im Januar unter den Vorjahrsziffern heruntersteigen. Die verhältnismässig günstige Witterung, auch in Ostpreussen, lässt damit rechnen, dass in diesem Winter bestimmt nicht die Höchstziffern des vorigen Winters erreicht werden. An dem Ernst der Finanzlage der Reichsanstalt wird dadurch jedoch nichts geändert. Bei $3 \frac{1}{2}$ % Beitrag kann die Reichsanstalt nur 975 000 Arbeitslose unterstützen. Hilfe des Reichs ist also angesichts der vorliegenden Ziffern eine Selbstverständlichkeit

SPD. Die Glaser-Fachgruppe im Deutschen Baugewerksbund, die dieser Tage im Bundesschulheim Werlsee eine Reichskonferenz abhielt, hat gegen das in letzter Zeit besonders hervortretende Bestreben der Glaser-Innungen, für ihre Innungsbezirke Innungskrankenkassen zu gründen, scharf Stellung genommen. Die Konferenz ersuchte die Regierungen des Reichs und der Länder, die in Betracht kommenden Obersicherungsämter anzuweisen, dass sie die Errichtung neuer Innungskrankenkassen nicht mehr genehmigen.



Missbrauch des privaten Zigarettenmonopols.

SPD. Durch die am 1. Januar in Kraft getretene Kontingentierung der Zigarettenindustrie ist ein privates Zigarettenmonopol geschaffen worden. Gleichzeitig wurde die Zigarettenbesteuerung erhöht. Die steuerliche Mehrbelastung der Industrie beläuft sich auf etwa 85 Millionen Mark. Das ist annähernd so viel, wie die Industrie mehr verdient, seit sie dank der Politik des Reichsfinanzministeriums, für die die volle Verantwortung der frühere Reichsfinanzminister Köhler trägt, eine straffe Kartellierung durchzuführen in der Lage ist.

Es wäre also recht und billig, wenn die Zigarettenindustrie als Entgelt dafür, dass ihr die Kontingentierung neue Konkurrenzkämpfe erspart, die selbstverständlich zu einer namhaften Verringerung, wenn nicht zur Vernichtung ihrer Gewinne führen würden, die neue mässige Steuerlast übernehme. Statt dessen will die Industrie auch die Kontingentierung zu nochmaliger Erhöhung ihrer Gewinne benutzen.

Selbstverständlich dringen Einzelheiten über die zwischen der Zigarettenindustrie und dem Zigarettenhandel geführten Verhandlungen nicht in die Öffentlichkeit. Aber soviel ist bekannt geworden, dass die Industrie die Handelsrabatte merklich kürzen will. Es wird behauptet, dass sie dem Handel vorgeschlagen habe, den Rabatt auf 5-Pfg.-Zigaretten um 3,50 Mark je tausend Stück, also um 7 % des Kleinverkaufspreises zu kürzen, also um mehr als 25 % herabzusetzen.

Bei einem Jahresumsatz von rund 1620 Millionen Mark würde eine derartige Verkleinerung der Handelsrabatte den Erlös der Industrie um rund 113 Millionen Mark erhöhen. Die Industrie würde also nicht nur die erhöhte Steuerbelastung in voller Höhe auf den Handel abwälzen, sondern darüber hinaus noch reichlich 25 Millionen Mark mehr verdienen als bisher. Die Folge einer derartigen Politik der Zigarettenindustrie muss unseres Ermessens eine weitere Erhöhung der Besteuerung sein. Auch die Zigarettenindustrie soll nicht an der Finanznot des Reichs Dutzende von Millionen verdienen. Nachdem nun einmal die Kontingente geschaffen wurden, scheint uns eine progressive Besteuerung der Zigarettenkontingente höchst erwägenswert. Sie wäre insbesondere darum gerechtfertigt, weil erfahrungsgemäss der Riesenbetrieb in der Zigarettenindustrie wie die Firmen Reemtsma und Neuerburg allgemein mit niedrigeren Verkaufskosten arbeitet als der Kleinbetrieb. Hindert man diesen am Aufstieg (womit man den Umsatz der Grossen sichert), so ist es nur recht und billig, dass in der Kontingentssteuer der Riesenbetrieb schärfer angefasst wird als der kleine. Sucht die Industrie auf Kosten des Reichs Übergewinne zu erzielen, so wird sich das Reich dagegen wehren müssen.

Hier liegt eine interessante Aufgabe für den volksparteilichen Finanzminister, dem der Reichstag den Auftrag gegeben hat, eine unbillige Verkleinerung des Händlernutzens zu verhindern.

SPD. Die Reichskreditgesellschaft veröffentlicht eine Darstellung über Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1929/30, in der sie eine Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung versucht. Sie stellt in dieser Darstellung fest, dass in Deutschland gegenwärtig der Prozess der Anpassung der Anlagetätigkeit an die anlagefähigen Mittel im Gange ist.

Nach den Besprechungen der Reichskreditgesellschaft überstieg die Investition in Deutschland die eigene Kapitalbildung im Jahre 1927 um etwa die Hälfte. Die Differenz musste durch Auslandsanleihen gedeckt werden. Vom Jahre 1928 an begann die Einfuhr langfristigen Kapitals sich aber zu verringern, bis sie in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 fast völlig versiegte. Der eigene Bedarf der grossen Kapitalländer lenkte den Kapitalstrom von Deutschland ab. Dazu kam eine vermehrte deutsche Kapitalflucht, die durch das Auftreten Dr. Schachts in Paris durch die Hugenbergagitation usw. gefördert wurde. Nach der Darstellung der Reichskreditgesellschaft führte das zu einer Verminderung des allgemeinen Vertrauens (Vertrauenskrise), die eine Erschwerung der Kreditvermittlung nach sich zog. Hierdurch wurde das Missverhältnis zwischen Kapitalbedarf und Verfügungsmöglichkeit über Kapital über das durch die Kapitaleinfuhr bedingte Mass hinaus vergrössert. Der Zusammenbruch grosser angesehener Unternehmungen brachte neue Unsicherheit, Vertrauensminderung und Krediterschwerungen. Die öffentliche Hand konnte, wie in dem Bericht der Kreditgesellschaft besonders betont wird, zur Unterstützung der Wirtschaft nicht herangezogen werden. Sie hatte ihre Ueber-schüsse bereits in den vergangenen Jahren verausgabt; im Vertrauen auf die Mög-lichkeit, Anleihen hereinzunehmen, mehr investiert, als aus laufenden Einnahmen verfügbar war; sie trat deshalb mit Kreditansprüchen an den Geldmarkt heran und musste jetzt ihre Investitionstätigkeit einschränken. Hieraus ergab sich die zwingende Notwendigkeit, die Anlagetätigkeit an die zur Verfügung stehenden Kapitalmassen anzupassen. Selbstverständlich ist, was leider im Bericht der Reichskreditgesellschaft nicht betont wird, dass der Reichsbankpräsident Dr. Schacht durch seine unvernünftige und wirtschaftsunsinnige Feindschaft gegen jede Auslandsanleihe diesen Anpassungsprozess in schlimmster Weise erschwert.

Der Anpassungsprozess geht auf Kosten der breiten Massen, der Arbeiterschaft. Einmal ist hier, im Zeichen einer verstärkten Kapitalbildung im Lande, eine weitere Steigerung der Leistung pro Kopf festzustellen. Negativ äussert sich dieselbe Entwicklung in einer Beschränkung des Verbrauchs. Die Arbeitsleistung im Ruhrkohlenbergbau hat sich pro Kopf der Untertagearbeiter von 126 im Jahre 1928 (die Leistung 1913 = 100 gesetzt) auf 133,7 bis Ende September 1929 gesteigert. Bei der Reichsbahn liegt pro Kopf des Personalbestandes eine Steigerung von 103,7 im Jahre 1928 auf 109 im dritten Vierteljahr 1929 und auf 108,4 im Oktober 1929 vor. Im Maschinenbau erhöhte sich die Arbeitsleistung (Leistung 1925 = 100 gesetzt) von 133 im Januar 1928 auf 142 im Jahre 1929. Die Entwicklung hat man als eine Verbilligung der Arbeitskraft aufzufassen; denn wenn z.B. der Bergarbeiter 33 % mehr leistet als vor dem Kriege, so bedeutet das, dass der Unternehmer heute nur 3 Arbeiter zu bezahlen braucht, wo er vor dem Kriege, um dieselbe Leistung zu erzielen, 4 Arbeiter bezahlen musste. (Allerdings sind dabei die Kosten für die Neuanlagen im Rahmen der Rationalisierung zu berücksichtigen). Gegenüber der Leistungssteigerung und der Verbilligung der Arbeitskraft vollzieht sich eine Verminderung des Verbrauchs. Die Reichskreditgesellschaft stellt fest: Bis zum Jahre 1928 dürfte der Verbrauch in Deutschland um einige Prozent je Kopf der Gesamtbevölkerung über den der Vorkriegszeit hinaus gestiegen sein. Hin-
ter der Verbrauchsentwicklung der übrigen Industrieländer ist die deutsche Ver-
brauchsentwicklung damit bedeutend zurückgeblieben. Im Verlaufe des Jahres 1929
ist der Verbrauch des deutschen Volkes nicht mehr gestiegen. Hierauf lassen die Höhe des Arbeitseinkommens im Jahre 1929 und auch die Zahlen über den Inlands-umsatz von Konsumgütern schliessen. Der Fleischverbrauch ist in den drei ersten Vierteljahren geringer geworden als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Er ragt pro Kopf der Gesamtbevölkerung ein wenig über Vorkriegeshöhe hinaus, bleibt jedoch, wegen der Altersverschiebungen, je Kopf der fleischverbrauchenden

Bevölkerung etwas über Vorkriegshöhe zurück."

Zum Schluss ihrer Darstellung gibt die Reichskreditgesellschaft folgende Prognose: "Die besondere Anziehungskraft des amerikanischen Marktes auf das europäische Kapital ist geschwunden, die Möglichkeit, die Reparationsverhandlungen im Sinne des Youngplanes bald zu beenden und die Räumung Westdeutschlands von ausländischer Besatzung zu vollenden, gegeben. Massnahmen zur Verbesserung der Liquidität der öffentlichen Finanzen sind eingeleitet. Damit entfallen wichtige Ursachen des gegenwärtigen Mangels an Unternehmungslust und Zuversicht in Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung. Die Anpassung der Anlagetätigkeit an die anlagefähigen Mittel wird umso leichter sein, je tatkräftiger die unbezweifelbare Sicherheit wirtschaftlicher Verpflichtungen gewährleistet und durch solche praktische Vertrauenswerbung neues Kapital dem Markt zugeführt wird."

Wir empfehlen diese treffende Darstellung dem Reichsbankpräsidenten.

SPD. Der am Freitag veröffentlichte Geschäftsbericht des Siemenskonzerns spricht dafür, dass die ausserordentlich gute Elektrokonzunktur auch im verfloßenen Geschäftsjahr rentabel war. Das Schwachstromgeschäft schein jedoch besser gewesen zu sein als das Starkstromgeschäft. Die Siemens-Schuckert, die sich auf die Starkstromindustrie spezialisiert, berichtet nämlich, dass sich auf wichtiger Arbeitsgebieten verminderte Nachfrage zeigte. Im Anschluss daran folgt das sehr interessante und sehr vielsagende Geständnis, "dass die Betriebe der öffentliche Hand, durch Geldknappheit gezwungen, auch dann Zurückhaltung beim Vergeben von Aufträgen üben mussten, wenn Rücksicht auf eine gesunde Weiterentwicklung den Aufbau ihrer Einrichtungen gerechtfertigt hätte." Besser und schärfer kann wohl die gegenüber den Gemeinden verfolgte Anleihepolitik nicht verurteilt werden. Trotz des Auftragsausfalls bei den Gemeinden ist es der Siemens-Schuckert gelungen, ihre Aufträge, besonders durch Export zu steigern. Aus einem Reingewinn von 16,64 Millionen Mark (im Vorjahr 16,56 Millionen Mark) wird bei Siemens-Schuckert eine Dividende von 10 % gezahlt. (Vorjahr 10 %).

Bei Siemens & Halske verbleibt es bei der Vorjahrsdividende von 14 %. Der Geschäftsbericht teilt mit, dass der Umsatz, der im Vorjahr 750 Millionen und im Jahre 1926/27 = 650 Millionen Mark ausmachte, wesentlich gesteigert werden konnte. Auch hier spielt der Export eine Rolle. Die Zahl der im Gesamtkonzern beschäftigten Arbeiter und Angestellten erhöhte sich von 130 000 auf 137 000. Geklägt wird über das Postgeschäft (Telegraphie und Telephonie), das bei weitem nicht den Stand des Vorjahres erreicht habe. Immerhin macht das Postgeschäft 13 % des gesamten Umsatzes bei Siemens & Halske aus. Das Konto Unternehmungen bzw. Parteiligungen an solchen hat sich u.a. durch den Erwerb von Aktien südamerikanischer Telephongesellschaften erhöht. Die Sonderrücklage erhöht sich auf dem Gewinn des Vorjahres um 10 Millionen Mark. Der Reingewinn wird mit 18,72 Millionen Mark angegeben gegenüber 18,45 Millionen Mark im Vorjahr. Die für Arbeiter und Angestellte bezahlte Lohnsumme beträgt 270 Millionen Mark. Die auf einen Arbeitnehmer entfallenden gesetzlichen sozialen Leistungen steigerten sich von 49,7 Mark im Jahre 1931/14 und 140 Mark im Jahre 1927/28 auf 155,4 Mark im Jahre 1928/29.

Die Bilanz ist ausserst flüssig. Die Bankguthaben haben sich erhöht. Da bei Konten grosse Bauten durchgeführt werden (Selbstfinanzierung). Die neue Werksbahn (Bahnbau Jungfernheide=Siemensstadt) ist bis auf eine geringfügige Summe abgeschrieben.

SPD. In Berlin ist der Voss-Konzern in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Es handelt sich dabei um die Weinfirma Voss & Co., die während der Inflation einen riesigen Vergnügungstrust entwickelte. Das Unternehmen stützte sich hauptsächlich auf die Luxuslokale in der Berliner Friedrichstadt (Admiralspalast, Café Bauer usw.), wo die Ausländer ihre Devisen und die deutschen Kriegs- und Inflationsgewinnler ihre Papiergewinne losschlugen. Dazu kamen Unternehmungen in den deutschen Provinzstädten. So gehörten das Liebig-Variété und das Hotel Vier Jahreszeiten in Breslau, der Kristallpalast in Leipzig, der Fürstenhof in Magdeburg und das Zentraltheater in Stettin zum Voss-Konzern.

Die Rentenmark brachte eine Bereinigung des Konzerns in der Art, dass die grossen Objekte in der Provinz ganz und die in der Berliner Friedrichstadt zum Teil abgestossen wurden. Der Konzern folgte dem "zug nach dem Westen" und übernahm die Bewirtschaftung der Luxusunternehmungen am Berliner Zoo, deren auf schwarz=weiss=rot abgestimmtes Publikum immer genügend zahlungskräftig war. Hier wurde eine Tochtergesellschaft, die "Gurmenia" entwickelt, die sich am Freitag insolvent erklärte. Als Unterpächterin fungiert auch das bekannte Weinlokal Traube, das aus seiner scharfmacherischen und seiner schwarz=weiss=roten Neigung nie einen Hohl machte. Die Finanzierung der Luxusgasthäuser geschah zum Teil (auf dem Umweg über den Berliner Terrainspekulanten Mendelssohn) durch die an sich gesunde Heinicke=Ladenbau A.-G., die für Wechsel der Gurmenia und der Firma Voss & Co. in Höhe von 800 000 Mark stillgehalten haben soll, jetzt nicht zahlen kann und sehr wahrscheinlich die Hilfe der Danat-Bank in Anspruch nehmen muss.

Die Regelung wird sehr wahrscheinlich in der Art erfolgen, dass die Danat-Bank (Jakob Goldschmidt) einspringen und die Firma Kempinski die Betriebe weiterführen wird. Damit machen Danat-Bank und Kempinski ein sehr gutes Geschäft, denn die Luxusstätten des Voss-Konzerns am Berliner Zoo sind, ein Zeichen unserer Zeit, immer genügend teuer und rentabel gewesen. Ihre Schwäche liegt darin, dass die Räume zu luxuriös und zu teuer eingerichtet und durch kurzfristige Anleihen finanziert waren. Das ging, so lange man die Wechsel prolongieren konnte. Mit dem Umschwung auf dem Kapitalmarkt wirkte sich dann die Gefahr der kurzfristigen Finanzierung aus.

Mit dem Voss-Konzern scheidet eine Unternehmung aus dem Geschäftsleben aus die als rechte Blüte der deutschen Inflation anzusprechen war.

SPD. Der Reichsbankausweis für den 31. Dezember, der zugleich einen Jahresabschluss darstellt, weist eine starke Steigerung in der Beanspruchung des Reichsbankkredits aus, der sich durch den Jahresultimo, insbesondere durch die Vorgänge an den deutschen Geldmärkten in den letzten Wochen erklärt. Die gesamte Kapitalsanlage der Bank an Wechseln, Schecks, Lombards und Effekten steigerte sich um 810,5 Millionen Mark auf 3191,5 Millionen Mark. Der Novemberultimo brachte eine Steigerung um nur 596,8 Millionen Mark auf 2667,1 Millionen Mark. An der Steigerung sind die Reichsschatzwechsel hervorragend beteiligt. Die Perzentstände erhöhten sich hier um 206,7 Millionen Mark auf 240,7 Millionen Mark. Ultimo November wuchsen die Reichsschatzwechsel um nur 31,8 auf 41,8 Millionen Mark an. Die Banken haben also von der eingeräumten Möglichkeit, die im Rahmen der Reichsanleihe übernommenen Reichsschatzwechsel an das Reich zum Teil weiter zu geben, stark Gebrauch gemacht. Die Veränderungen der Hauptposten der Reichsbank ergeben sich durch folgende Zusammenstellung:

	November-Ultimo 1929	Dezember-Ultimo 1929	Dez. Ul- timo 28
	(in Millionen Reichsmark)		
Wechsel und Schecks	2367,9	2607,7	2627,3
Lombardforderungen	164,7	250,6	176
Deckungsdevisen	397,2	403,6	155,2
Goldbestand	2240,4	2283,1	2792,3
Notenumlauf	5310,6	5440,4	4930

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich in der Woche zum 31. Dezember 1929 um 16,3 Millionen Mark auf 2686,7 Millionen Mark erhöht, und zwar haben die Goldbestände um 18,5 Millionen Mark auf 2283,1 Millionen Mark zugenommen, die Bestände an deckungsfähigen Devisen dagegen um 2,2 Millionen auf 403,6 Millionen Mark abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein betrug 45,3 % gegenüber 49,5 in der Vorwoche, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen 53,3 % gegen 58,3 %.

Der Status der Reichsbank hat sich im Laufe des Jahres 1929 trotz der verhältnismässig starken Anspannung, die auch nicht durch wirtschaftliche Momente begründet ist, stark gebessert. Die Abwicklung des Ultimos wird zweifellos die Voraussetzungen für eine Diskonterhöhung besser als bis jetzt in Erscheinung treten lassen.

SPD. Die Reichsbahn weist für das Jahr 1929, trotz der ungünstigen Wintermonate, eine Steigerung des Güterverkehrs auf. Die Güterwagengestellung lag im Jahre 1929 um 1 % höher als im Vorjahre, was angesichts der rückläufigen Konjunktur von besonderem Interesse ist. Im Personenverkehr wurden die Ergebnisse des Vorjahres nicht erreicht. Im Gesamtverkehr (einschliesslich des Stadt-, Ring- und Vorortsverkehrs) machen die Einnahmen 99,2 %, die beförderten Personen 99,4 % und die Personenkilometer 96,4 % von 1928 aus. Die Reichsbahn erhält wohl hiermit die ihr gebührende Quittung für ihre unbegreifliche Tarifpolitik. Man versündigt sich nicht ungestraft am Geldbeutel des Verbrauchers.

Die Zahl der bei Zugunfällen verunglückten Reisenden macht nur 6/10 der Zahl des Vorjahres aus. Dabei wurde die Reichsbahn in den ersten Monaten des Jahres 1929 von mehreren schweren Bahnunglücken betroffen. Hinsichtlich der Finanzpolitik wird in dem Jahresbericht der Reichsbahn die Forderung aufgestellt, entweder einen Teil der Beförderungssteuer an die Reichsbahn abzuführen oder eine Erhöhung der Tarife vorzunehmen. Die Berechtigung dieser Forderung wird bekanntlich allgemein bestritten. Das Gesamtpersonal für das Jahr 1929 wird mit 715 000 Köpfen angegeben. Das sind 15 000 mehr als im Vorjahre. Die Vermehrung erfolgte zur Steigerung der Betriebssicherheit und durch die Verkürzung der Dienstdauer.

SPD. Ab 1. Juni 1930 wird die Stadt Köln Ferngas aus dem Ruhrgebiet beziehen. Auf Grund des mit der Ruhrgas=Aktiengesellschaft und den Thyssenschen Gas- und Wasserwerken abgeschlossenen Ferngaslieferungsvertrages ist mit der Verlegung der Ferngasleitung begonnen worden. Der Rhein ist bereits unterführt. Die Verbindung mit dem Hauptrohr in Duisburg soll bis zum 1. Juni beendet sein, sodass dann mit dem Gasbezug gerechnet werden kann.

Roggen matt ~ trotz knappen Angebots.

(Berliner Getreidebörse vom 3. Januar.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Freitag in sehr ruhiger Haltung, namentlich für Roggen war die Stimmung von Anfang an recht matt und steigerte sich im Verlaufe der Börse zu einer ausgesprochenen Flauheit. Am Markte der Zeitgeschäfte, der schon mit 3 - 4 Mark niedriger eröffnete, waren die Schlussnotierungen gegenüber dem Vortage um 6 - 7 Mark rückläufig. Auch im Handel mit effektiver Ware konnten sich trotz knappen Angebots die Notierungen nicht behaupten, da sich keinerlei Nachfrage zeigte. Im Gegensatz hierzu war die Stimmung für Weizen am Lokomarkt eher fester. Nur am Markte der Zeitgeschäfte mussten auch die Weizennotierungen nachgeben. Der Mehlmarkt blieb nahezu geschäftslos bei unveränderten Forderungen der Mühlen. Hafer hatte gleichfalls sehr ruhigen Markt; die Kurse konnten sich nicht voll behaupten.

	2. Dezember (ab märkische Station in Mark)	3. Dezember
Weizen	252 - 253	251 - 253
Roggen	168 $\frac{1}{2}$ - 170 $\frac{1}{2}$	167 - 168
Braugerste	187 - 203	187 - 203
Futter- und Industrierogerste	165 - 175	165 - 175
Hafer	150 - 158	148 - 157
loco Mais Berlin	- - -	177 - 180
Weizenmehl	29,75-35,50	29,75-35,50
Roggenmehl	23,50-26,90	23,25-26,75
Weizenkleie	11,00-11,25	11,00-11,15
Roggenkleie	9,50-10,00	9,40-9,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 272 $\frac{3}{4}$ - 272 (Vortag 274) Mai 283-281 $\frac{3}{4}$ (284). Hafer März 167-165 (169 $\frac{1}{2}$), Mai 175 $\frac{1}{2}$ (179). Roggen März 192-189 (195 $\frac{1}{2}$), Mai 202-200 Brief (205 $\frac{3}{4}$).

Berliner Viehmarkt.

(3. Januar)

SPD. Der erste Viehmarkt im neuen Jahr sah wieder eine normalere Beschickung. Die Nachfrage hat selbstverständlich gegenüber der Festwoche nachgelassen. Auf dem Schweinemarkt lauteten die Forderungen deshalb auch geringer. Zum Schluss des Marktes wurde das Geschäft lebhafter, so dass sich der Preisrückgang in Grenzen hält. Auf dem Kälbermarkt bröckelten die Preise infolge grösseren Angebots ab. Auf dem Rindermarkt zogen die Preise durchweg, mit Ausnahme gering genährter Kühe, an. Das dürfte in der Hauptsache auf das nicht ganz genügende Angebot zurückzuführen sein.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 45-49 (voriger Markt 43-48), b) 33-41 (32-40), c) 26-29 (26-28), d) 20-25 (20-25), Kälber: a) - (-), b) 83-95 (90-100), c) 60-82 (70-88), d) 48-58 (50-65), Schweine: a) (über 300 Pfund) 82-84 (82-85) b) (240-300 Pfd.) 82-84 (82-87), c) (200-240 Pfd.) 82-84 (83-88), d) (160-200 Pfd.) 80-82 (82-86), e) (120-160 Pfd.) 75-78 (77-80), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 72-73 (75).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 3. Januar 1930.

Der Fakir. +

Von André Dahl.

SPD. Schauplatz: Das Theater einer kleinen Provinzstadt, das in Anbetracht der Darbietungen des Fakirs BEHADUR vollkommen ausverkauft ist.

Der Manager: Meine Damen und Herren, es folgen jetzt die Experimente, durch die der Fakir seine vollkommene Schmerzunempfindlichkeit beweisen wird. Durch eine mystische Willensanstrengung, deren Geheimnis er aufs eifrigste hütet, und deren Enthüllung in der kleinen, bei den Saaldienern erhältlichen Broschüre enthalten ist, gelangt der Fakir Behadur zur Ueberwindung des Schmerzes. Wir werden einen Dolch in seinen Arm stossen; der Fakir wird nichts fühlen. Wir werden ihm eine Nadel durch die Wangen stechen; der Fakir wird nichts fühlen. Wir können einen Stein auf seinem Bauche zerschmettern; der Fakir wird nichts fühlen. Heute abends können wir allerdings das Experiment mit der Zerschmetterung des Steines nicht vornehmen, weil wir unsre sämtlichen Steine bereits eingepackt haben, aber auch unsre anderen Experimente sind sensationell. Um jeden Verdacht zu entkräften, bittet der Fakir die Herren Aerzte und die Herren Journalisten, auf die Bühne zu kommen und die Experimente aufs genaueste zu kontrollieren, Die Herren Journalisten, wenn ich bitten darf.... (Niemand rührt sich. In der ganzen Stadt gibt es nämlich nur ein Blättchen "Das Sprachrohr der heiligen Klothilde" das vom Pfarrer redigiert wird. Dieser aber hat sich zu so vorgerückter Stunde selbstverständlich schon zu Bett begeben.) Die Herren Aerzte, bitte...

Dr. Boujelard: Ich komme!

Dr. Malifaux: Ich komme!

(Ungeheures Aufsehen im Saale. Die Mitwirkung der beiden Aerzte des Städtchens hebt die allgemeine Spannung gewaltig.)

Der Manager: Der Fakir Behadur wird sich jetzt selbst in den Zustand der Katalepsie versetzen. Ich bitte die Herren Doktoren, ihn zu untersuchen.

Dr. Boujelard (untersucht den Fakir): Es ist kein Zweifel möglich.

Dr. Malifaux: Ja...es schaut fast so aus. Liegt aber wirklich Katalepsie vor?

Dr. Boujelard: Erlauben Sie...

Der Manager (der solche Diskussionen nicht liebt) : Hier habe ich einen Damaszener Dolch, scharf und spitzig. Die Herren Doktoren können sich überzeugen

Dr. Malifaux: Tatsächlich, ein erstklassiger Stahl... kein Trick....

Dr. Boujelard: Man kann nichts mit Sicherheit sagen. Er hat eine so absonderliche Form. Und wie schaut denn der Griff aus?....

Dr. Malifaux: Sagen Sie doch gleich, dass ich ein Dummkopf bin!

Der Manager: Der Fakir wird sich jetzt die Waffe in die Wange stossen. Die Herren Professoren werden die Güte haben, zu kontrollieren....

Dr. Malifaux: Kein Schwindel,.... Der Dolch durchbohrt die Schleimhaut gerade oberhalb des Jochbogens in der Nähe des Stenonischen Kanals.

Dr. Boujelard (höhnisch lächelnd): Ah, ah, ah! Wie wissenschaftlich....

Dr. Malifaux: Sie fangen an, sich zu langweilen, Sie, Herr! Sie widersprechen mir ununterbrochen, mein Lieber!

Dr. Boujelard: Sie bilden sich doch nicht etwa ein, Herr Kollege, dass Sie allein etwas von Medizin verstehen?

Dr. Malifaux: Nein, gewiss nicht. Sie verstehen alles besser als ich! Der Fall Ihrer Patientin Roudier, die man gestern beerdigt hat, ist der beste Beweis

Dr. Boujelard: Die Witwe Roudier war siebzig Jahre alt. Aber warum sprechen Sie nicht von der kleinen Ramit, die nur dreizehn Jahre alt wurde, und die Sie in nur zwei Visiten getötet haben?

Dr. Malifaux: Zwei Visiten? Sie aber hatten nur eine einzige Visite nötig, um die Familie Dupland durch Ihre Injektionen, durch Ihre berühmten Injektionen mit Ihrem famosen Serum Boujelard, auszurotten. Eine schöne Schweinerei. So sagen Sie doch, was in Ihrem berühmten Serum enthalten ist, wenn Sie nur eine Spur von Mut haben! Ins Gefängnis gehören Sie. Jawohl, Sie Kurpfuscher!

Dr. Boujelard (wütend): Vielleicht bin ich ein Kurpfuscher, vielleicht... Aber bestimmt kein Fruchtabtreiber!

Dr. Malifaux: Genug, mein Herr.... Das wird Sie teuer zu stehen kommen. So sagen Sie doch Näheres, wenn Sie sich getrauen! Reden Sie!

Die Zuhörer (entzückt über diesen unvorhergesehenen Teil des Programmes): Ja! Reden Sie!

Dr. Boujelard: Ich werde beim Untersuchungsrichter reden...

Dr. Malifaux: Er wird nicht versäumen, Sie zu hören! Man wird die Wahrheit über Ihre Operation an Herrn Landuly erfahren, für die Sie achttausend Franken verlangt haben. Dafür, dass Sie seine vollkommen gesunde Prostata entfernten.

Dr. Boujelard: An Sie hat er sich jedenfalls nicht gewendet. Ihre Blinddarmoperationen haben Sie genügend bekannt gemacht. Drei Operationen, drei Todesfälle.

Dr. Malifaux: Und was ist mit den Hämorrhoiden des Fräulein Tozini, die Sie für eine Schwangerschaft gehalten haben?

(Fräulein Tozini, die sich unter den Zuhörern befindet, wird ohnmächtig. Das Publikum lacht wie toll.)

Dr. Boujelard: Sie wollen mir Vorwürfe machen, Sie, der die Familie Bretonnel einer Syphiliskur unterzog, obwohl die Leute nur einen gewöhnlichen Ausschlag hatten.

(Die Familie Bretonnel, die sich im Theater befindet, protestiert und versteckt sich unter einer Bank.)

Dr. Malifaux (der vor Zorn fast erstickt): Die Bretonnells? Und was ist mit den Rougets, deren Krätze Sie mir Haarsalbe behandeln?

(Die Rougets sind anwesend. Ihre Sitznachbarn entfernen sich fluchtartig)

Dr. Boujelard: Wie lange behandeln Sie schon die Blasenentzündung des Notars? Und bei Frau Paquet warten Sie wohl den Frühling ab, um ihren Tumor zu kurieren?

(Der Notar, der in einer Loge anwesend war, verschwindet wie durch eine Falltüre. Frau Paquet ruft: "So eine Unverschämtheit!")

Dr. Malifaux: Und was ist mit den Patientinnen, die sich ganz nackt ausziehen müssen, damit Sie ihnen den Puls fühlen?

Dr. Boujelard: Soll ich die Geschichte von dem kleinen Mädchen erzählen, dem Sie Blut abgenommen haben? Sie Schmutzfink!

Dr. Malifaux: Sie wollen ein Arzt sein? Sie sind ein Schwein!

Dr. Boujelard: Ich ziehe das Résumé: Acht Vergewaltigungen haben Sie auf dem Gewissen! Sie Wüstling!

Sie werden handgemein.

Der Fakir (mit jener vornehmen Ruhe, die nur den Orientalen eigen ist): Aber meine Herren! Wie kann ich denn im Zustande der Todesstarre verbleiben, wenn Sie solchen Radau schlagen?

(Berechtigte Uebertragung aus dem Französischen von L.K.)

SPD. Tüchtige Baumeister. + Eine Reisegesellschaft besichtigt die Sehenswürdigkeiten Aegyptens. Der Führer erklärt: "An diesen Pyramiden wurde fast zweitausend Jahre gebaut". Erwidert die Dame aus Sachsen: "Ja, bei uns drheeme, da mähren die Arjedeckden ooch immer so lange."

Studentenarbeit in Berlin.

SPD. Um 1 Uhr fängt es schon an. Die ersten Studenten und Studentinnen finden sich ein; bald ist ein halbes Dutzend voll, bald ein ganzes, und um 2 Uhr füllt eine grosse Schar den Vorraum des akademischen Erwerbsvermittlungsamts; Kopf an Kopf, und wartet. Der Brennpunkt, auf den sich die gemeinsame Aufmerksamkeit sammelt, ist ein schwarzes Anschlagbrett, an dem noch die am Vortage vergebenen Stellen auf einem Zettel zu lesen sind. Kurz vor 2 erscheint der neue Zettel, und kaum hängt er an seinem Reissnagel und klappert noch, so ertönt auch schon die Stimme des zufällig Vordersten der Wartenden, der laut vorliest, was alles an neuen Angeboten eingelaufen ist. Um einige Enttäuschte vermindert, ergiesst sich der ganze Strom dann über die Treppe in den Vermittlungsraum selbst, wo zunächst wieder einige Zeit mit Warten vergeht, bis die Verteilung beginnt. Einen gewissen Stamm von "Dauerkunden" kennt man nach einigen Tagen schon heraus und begrüsst sie im stillen, ohne sie zu grüssen. Daneben tauchen immer wieder neue Gestalten auf, die wieder verschwinden. Im ganzen mögen es an starken Tagen bis hundert und mehr sein, die hier die Möglichkeit suchen, ihre Finanzen zu verbessern. Es sind wohl eine ganze Anzahl darunter, die sich ihr ganzes Studium selbst verdienen. Einer von ihnen, ein kleiner Pommer, erzählte mir in seiner lieben, bescheidenen Art, er verdiene sich "seinen ganzen Kram" mit Geigen. Täglich bis spät in die Nacht hinein, meist bis 3 Uhr, steht er in einer kleinen Spelunke und macht die Menschen durch Musik fröhlich. Das heisst: nur teilweise durch Musik, wie er mir erklärte. "Das Geigen, sagte er, ist noch lange nicht das Schlimmste, aber das viele Trinken! Das reibt so auf. Und das muss man ja mitmachen; sonst werden die Leute nicht fidel, und dann kauft sich der Mann lieber einen andern."

Die Verteilung der Stellenangebote wickelt sich schnell und meist reibungslos ab. Wo mehrere Bewerber sind, wird gelost. Oft sind es Dutzende. Ein allgemeiner fröhlicher Geist, wie er zwischen Menschen in gleicher Bedrängnis aufkommt, hilft Schwierigkeiten überwinden. Zwei, drei Worte, in reinem Berlinerisch trocken in die gespannte Stille geworfen, lösen allgemeinen lauten Jubel aus.

Es sind täglich etwa 6 bis 10 Angebote, die verteilt werden, manchmal für mehrere Studenten auf einmal. Immerhin geht bei der hohen Anzahl der Bewerber der grösste Teil immer leer aus. Das Gros der Angebote besteht aus Nachhilfeunterricht. Für Philologen gibt es da täglich Nahrung, seltener für Mathematiker. In Meidzin und Rechtsgelehrsamkeit will sich leider niemand nachhelfen lassen. Das pädagogische Talent der Frau wird vom Publikum auffallend hoch eingeschätzt; sehr häufig werden Studentinnen für den Unterricht bevorzugt. Erstaunlich ist es, wie viele Studenten, die doch, wenn sie sich hier einfinden, nicht aus den reichsten Kreisen stammen, im Ausland gewesen sind. Fast immer finden sich mehrere, die jahrelang draussen, meist in England, waren. Im übrigen ist die Mannigfaltigkeit der Angebote warenhausartig. Eine Detektei sucht einen Spitzel, eine Firma braucht einen Radiofachmann, hier werden "hochgewachsene Studenten" für einen Tanzzirkel gesucht, dort braucht ein Lebensmittelgeschäft Studenten zum Austeilen von Reklamezetteln. Die Bezahlung ist in solchen Fällen natürlich sehr gering. Dennoch finden sich stets Dutzende, die damit zufrieden sind. Ähnlich ist es mit der Wahlpropaganda. Ich habe es erlebt, dass sich 10 Studenten um das Tragen von Wahlplakaten bewarben, und nicht einer von ihnen fragte, für welche Partei er zu werben habe. Eine Zeitschrift sucht sich dadurch zu sanieren, dass sie die billigen Arbeitskräfte älterer Studenten zur Mitarbeit in ihren Dienst nimmt. Eine Filmgesellschaft braucht ein paar Dutzend Studenten zur Darstellung von Hochschulszenen. Ein Student, der den Filmbetrieb kennt, erklärt mir, es sei "knorke", und erzählt stolz, er habe Harry Liedtke und andere Prominente selbst gesehen. Jemand sucht einen Mathematiker zur "Anstellung von mathematischen Berechnungen" ohne nähere Angabe. Einer, der Erfahrung hat in diesen Dingen, meint, es handele sich wohl um eine Examensarbeit, der der Auftraggeber sich allein nicht ganz gewachsen fühlt, wofür auch die hohe Bezahlung

spricht. Die ausgefallensten Angebote finden meist am gleichen Tage noch einen Bewerber. Daher ist auch der Umsatz an Stellen verhältnismässig gross, ungleich grösser als an allen andern deutschen Universitäten. Im Jahre 1927 ist an Studenten ein Gesamteinkommen von 194 000 Mark, 1928 sogar von 200 000 Mark vermittelt worden, wovon $\frac{3}{4}$ auf Dauerstellungen fallen. Im Wintersemester 1928/29 waren über 1800 Angebote eingelaufen, von denen etwa 1350 besetzt werden konnten, darunter 417 Dauerstellungen. Ein grosser Teil der Studenten verdient sich auf irgendeine Weise mindestens einen Teil des Studiums selbst, manche leider immer noch in einem Umfang, der den verfolgten Zweck, das Studium selbst, stark in den Hintergrund drängt.

W.

Naturalien. +

SPD. Für Schriftsteller scheint Russland in des Wortes allzuwörtlicher Bedeutung ein "Paradies" zu sein.

Ein in Charkow in diesem Jahre zusammen gekommener Kongress hatte eine Umfrage unter den Schriftstellern veranstaltet. Vier Fragen sollten beantwortet werden. Folgende Preise waren ausgesetzt worden:

1. Für die beste Arbeit über den Sowjetstaat: 90 Kilo Weissmehl.
2. Für die beste Arbeit über die Kommunistische Partei: 6 $\frac{1}{2}$ Meter Leinen.
3. Für die beste Arbeit über die atheistische Vereinigung: 2 Schafe.
4. Für die besten Vorschläge zur Abstellung der Mängel in den Sowjet-Organisationen: 80 Kilo Kartoffeln.

An den Preisen gemessen, scheint man in Sowjetrussland der Diskussion dieser Fragen wenig Bedeutung beizulegen.

Sachlieferungen liebt man auch in Amerika. So liess vor einigen Jahren eine Zeitung in Connecticut, die ihren Leserkreis erweitern wollte, eine Anzeige los, in der sie verkündete, dass neue Abonnenten den Bezugspreis in Erzeugnissen ihrer Landwirtschaft oder ihres Handwerks entrichten könnten.

Einige Tage nach Erscheinen der Anzeige kam eine grosse Kiste an. Folgender Brief lag bei: "Sehr geehrter Herr! Beiliegend schicke ich Ihnen ein Meisterstück von mir. Sie werden sich darin wie zu Hause fühlen. Nächstes Jahr, wenn ich mein Abonnement erneuere, werde ich mir erlauben, Ihnen das Gleiche zu überreichen. Ich werde auf diese Art Ihre ganze Familie, Ihre Redaktion, Ihre Angestellten und Freunde versorgen."

Man öffnete die Kiste. Sie enthielt einen funkelnagelneuen Sarg.

a.u.

Tendenz: flau.

SPD. Ich war in der Börse. Ausgerechnet ich blutiger Spekulationslaie. Mittendrin. Das kam so: Nichtsahnend gehe ich über den Börsenplatz. Eine der grossen Türen im Börsegebäude ist zur Hälfte offen. Aus dem Halbdunkel leuchtet ein kleiner, glänzender Lackschuh. Spitz, schmal. Uebertrieben hoher Absatz. Wie ich es liebe. Darüber ein durchsichtiger, dünnmaschiger Seidenstrumpf. Auch schwarz. Entzückend schmale Fesseln. Und - weg ist das schöne Bild. Die schwere Türe fällt ins Schloss.

Ich stehe, überlege. Und steige schliesslich den schlanken Fesseln nach, verschwinde hinter der gleichen, schweren, langsam ins Schloss fallenden Türe. So kam ich zum ersten Mal in die Börse.

Durch Türen und Tore ging es. In einen Hexenkessel hinein. Ich stand

schliesslich auf der Galerie. Mir blieb die Spucke weg. Ein Krach war da. Krach ist gar kein Ausdruck. Schlimmste Schrei-Infaltion. Obwohl so viele Sitzplätze da unten waren, setzte sich keiner. Alles rennt, rettet, verdient, verliert. Anstatt dahin zu laufen, wo noch genug Platz ist, rennen sie justament dahin, wo schon so viele stehen und laufen. "Imma mit die Ellenbogen".

Auch Litfasssäulen sind da. Aber anstelle von Theaterzetteln und Reklameplakaten haben sie lauter Zahlen hingemalt. Ganze Tafeln mit Zahlen hängen da. Wie beim Rennen. Der eine schreibt hin, der andere wischt es wieder aus, und das fährt den meisten so in die Knochen, dass sie ihre Bleistifte hinter die Ohren klemmen und in kleine Häuschen flitzen, die an der Seite stehen. Stürmische Belagerung. Keiner kann's abwarten. Obwohl eine Unzahl davon da ist. Aus einem kamen sogar zwei auf einmal heraus. Wie die das wohl gemacht haben?

Nachher hat man mir gesagt, dass die da telephonieren. Dass sie an alle anderen Börsen berichten, was hier für ein Krach ist, damit die anderen in den anderen Städten auch Krach machen können.

Und da soll ich meinen Lackschuh finden, wo überhaupt nur Männer zu Worte kommen? Ausgeschlossen.

Ich habe mich an den Eingang gestellt und gewartet. Sie kam nicht. Aber die aufgeregten Männer kamen, setzten sich in ihre Autos und sagten: "Heute war's aber flau."

Flau? dachte ich; das nennen die Menschen flau?

Da möchte ich nicht mang sein, wenn sie wieder mal Hausse machen....

Mario Mohr.

Pastor Göck in Nöten. +

SPD. Der Pastor Göck begab sich in die Stadt. Zwar war er sich bewusst, dass die Stadt Gefahren für das Seelenheil birgt. Dass sie aber auch Gefahren für das Körperheil birgt, hatte er sich vor seiner Abreise nicht klar gemacht. Denn wenn man, wie er auf seinem Dorfe Kleinhintersbach, nie ein Auto sieht, rechnet man gar nicht mehr mit Autos.

Ein Auto kam jedoch an, als Pastor Göck gerade den Fahrdamm überqueren sollte. Pastor Göck machte einen Schritt vor, einen zurück; dann riss er aus. Zur Seite. Das Auto fuhr vorüber, ohne ihn gestreift zu haben. Aber Pastor Göck fiel in eine Kanalöffnung, die ein Arbeiter aus Versehen offen gelassen hatte. Jämmerlich schrie Pastor Göck um Hilfe. Aber es war mitten in der Nacht. Und dauerte drei Stunden, bis jemand ihn hörte. Das war ein Mann, der ein wenig über den Durst getrunken hatte. Er neigte sich über die Kanalöffnung und fragte: "Wer ist denn da?"

"Hier Pastor Göck. Ich muss raus! Helfen Sie mir doch!"

"Pastor sind Sie - hck? Dann haben Sie ja noch bis Sonntag Zeit! Heute ist erst Dienstag - hck. Auf Wiedersehen!"

Kurt Miethke.

Baumeister Wasser. +

SPD. Es gibt Menschen, die eine angeborene Antipathie gegen das Wasser haben und dem nassen Element weder für innerliche noch äusserliche Zwecke eine besondere Wichtigkeit zusprechen wollen. Diese vom Volksmund in etwas drastischer Weise "Wasserscheuen" Genannten werden sehr erstaunt sein, wenn man ihnen beweist, dass der Leib eines jeden Menschen zum weitaus grössten Teil aus Wasser aufgebaut ist. Die moderne Wissenschaft hat festgestellt, dass nicht weniger als zwei Drittel des menschlichen Körpers aus Wasser bestehen. Die Muskeln, die so

fest erscheinen und unter Umständen so viel Kraft entfalten können, sind sogar zu drei Vierteln aus Wasser aufgebaut.

In der ganzen organischen Welt ist Wasser überhaupt der häufigste Baustoff. Selbst die ausserordentlich harten Holzteile der Pflanzen bestehen noch zur Hälfte aus Wasser. Es gibt Früchte, bei denen der Wassergehalt auf 90 bis 95 Prozent steigt, bei den niedersten Pflanzen, den Algen, sogar bis auf 98 Prozent. Es muss mit Erstaunen und Bewunderung erfüllen, wenn man bedenkt, dass in einem Körper wie dem der Qualle, die bis zu 98 Prozent aus Wasser besteht, Gefühl, Empfindung und Leben vorhanden ist. Am weitesten darin bringen es allerdings manche Meeresbewohner, wie die Salpen oder der durchsichtige Venusgürtel, der mehr als 99 Prozent Wasser enthält. Solch ein Tier ist eine lebende Wassermasse und doch ein grosses Wunderwerk: Wasser, dem die Natur Leben einhauchte und es zu einem selbständigen Wesen werden liess.

SPD. Polarforscher durch Zufall. + Einer der berühmtesten Polarforscher unsrer Zeit und zugleich der bekannteste Sachverständige für die Besiedlung und Kultivierung der Polargebiete ist Vilhjalmur Stefansson, ein U.S.-Amerikaner, der kürzlich seinen 50. Geburtstag feierte. Er war der Erste, der grosszügige Pläne zur Urbarmachung gewaltiger Landstrecken entwarf, die bis dahin als Muster von Unwirklichkeit gegolten hatten, und seine glücklich durchgeführte Anregung, zahme Renntiere von Sibirien nach dem äussersten Norden Amerikas zu überführen, wird wahrscheinlich die Eskimos jener Gegenden vor dem Aussterben bewahren. Dieser Mann, dessen ökonomische Bedeutung erst in der Zukunft richtig wird erkannt werden, geriet durch einen reinen Zufall in den Beruf des Polarreisenden. Erst war er Farmer und Cowboy, besuchte dann eine höhere Schule, studierte und hatte die Absicht, nach Afrika zu gehen, sobald er sein Studium beendet hätte. In seiner Studentenzeit hatte er einmal einen Artikel über die Entdeckung Grönlands geschrieben, dem er keine besondere Bedeutung zumass, der jedoch bei Sachverständigen einige Beachtung gefunden hatte, und gerade als er im Begriff stand, mit einer kaufmännischen Expedition nach dem Innern Afrikas abzureisen, erhielt er das Angebot, an einer Polarexpedition teilzunehmen. Kurz entschlossen warf er seine früheren Pläne über den Haufen und ging nach dem hohen Norden. Viele Jahre lebte er dort als Eskimo unter Eskimos, passte sich ganz dem Leben der Eingeborenen an und wurde so der grosse Polarbiologe, als den die Welt ihn heute kennt. Aus seinen Studien an Ort und Stelle ergab sich der Plan der ökonomischen Erschliessung der Schneewüste des Nordens, die Stefansson in zahlreichen Büchern begründet hat.

SPD. Amerikanische Brückenbaukunst. + Bei New York wird gegenwärtig eine Brücke gebaut, bei der ein riesiger Bogen reichlich 500 Meter überspannen soll. Nachdem dafür die nötigen Berechnungen und Zeichnungen fertig gestellt waren, hat man noch ein genaues Modell des Bogens angefertigt, und an diesem konnte man nun im kleinen Masstab Messungen vornehmen, aus denen sich erkennen liess, dass auch der grosse Bau den gestellten Anforderungen wirklich genügen würde. Der gewaltige Bogen wird eine lichte Höhe von 50 Metern haben. Nahe bei New York befindet sich ferner schon eine Hängebrücke, die den dort sehr breiten Hudson-Strom mit einer freien Stützweite von 1067 Metern überrückte. Die zwei mächtigen Türme an den Ufern haben eine Höhe von 194 Metern.

Hundert Tage Eifersucht.

Roman von Pierre Humbourg.

Copyright by Verlag von Th. Sinaur Nachfg., Berlin W.50.

32)

SPD. Auf einer Proviantkiste lag die alte Gitarre Capuris, und wenn das Schlingern des Schiffes sie zu rütteln begann, gab sie ein metallisches Klirren von sich wie ein Schluchzen, das ihrer flachen Brust entstieg. Sie dachten an den Matrosen, der tagelang ihre Nerven gefoltert hatte.

"Armer Kerl", sagte Armand, "man kann nie wissen!"

Einer von ihnen nahm die Gitarre und stimmte sie, dann sang er mit klarer Stimme ein altes Seemannslied:

"Erst ging es los mit vollem Wind,
Die See war hohl, die Fahrt geschwind.
Und dann, an der Küste von Engelland,
Er bald ein rasches Ende fand,
Der Matrose von Sans=souci."

Seine Stimme erfüllte das Halbdunkel des Logis mit dem grossen Hauch des Abenteuers.

Andere Lieder kamen an die Reihe, Magnin intonierte mit seiner kreischen=den Stimme:

"Er hat drei Töchter, die leben soso,
Die eine in Marseille, die andere in Bordeaux,
Die dritte in Valparaiso."

Sie klammerten sich an diese Worte wie an ein genaues Sinnbild ihres Leber. Als ihr Herz dieser traurigen Beschwörungen müde wurde, kehrten sie schweigend zu ihren Karten zurück.

Loulou, der in seiner Koje lag, sah durch das Bullauge die Wellen am Rumpf der "Flemcen" entlang gleiten und den Horizont auf und nieder schaukeln wie die Telegraphendrähte neben dem fahrenden Express.

Er dachte an seine letzte Begegnung mit Mevel, fünf Tage zuvor, in einer Kneipe.

Jetzt sprachen sie da unten von dieser Geschichte:

"Es musste so kommen", behauptete Armand, "man hat es an seinen Augen gesehen, er hatte nur noch diesen einen Gedanken in seinem Schädel."

Loulou sprang aus seiner Koje:

"Ich habe alles gesehen!" rief er.

Sie füllten ihre Gläser neu und legten die Karten hin.

"Ganz abgesehen davon", ruhr Magnin fort, "dass er wahrscheinlich wütend und gereizt war, er war ein Bretoine, er liess sich nichts anmerken, aber trotzdem..."

"Nein", sagte Loulou, "er war ganz ruhig, als hätte er es gar nicht wollen. Ich glaube sogar, er wollte es wirklich nicht mehr, er wollte es nicht..."

Loulou schloss die Augen, um sich recht deutlich an die Umstände seiner letzten Begegnung mit Mevel zu erinnern:

"Ich bin ihm am Freitag begegnet, in der Rue Caisserie. Es war fünf Uhr abends, und er ging ganz friedlich spazieren..."

"Das glaubst du? Er bereitete sich auf seine hübsche Tat vor..."

"Nein, er sah sich ein Schaufenster mit Schuhwaren an. Als er mich sah, schien er sich zu freuen. Und wir gingen ein paar Schritte weit zusammen. Ich sprach zu ihm, verstehst du, er hatte so oft gesagt, dass er sie töten wird; ich wollte wissen..."

"Oh!" gab er mir zur Antwort, "man sagt allerlei..."

Dann fragte ich ihn:

"Ist sie nett gewesen, deine Frau?"